

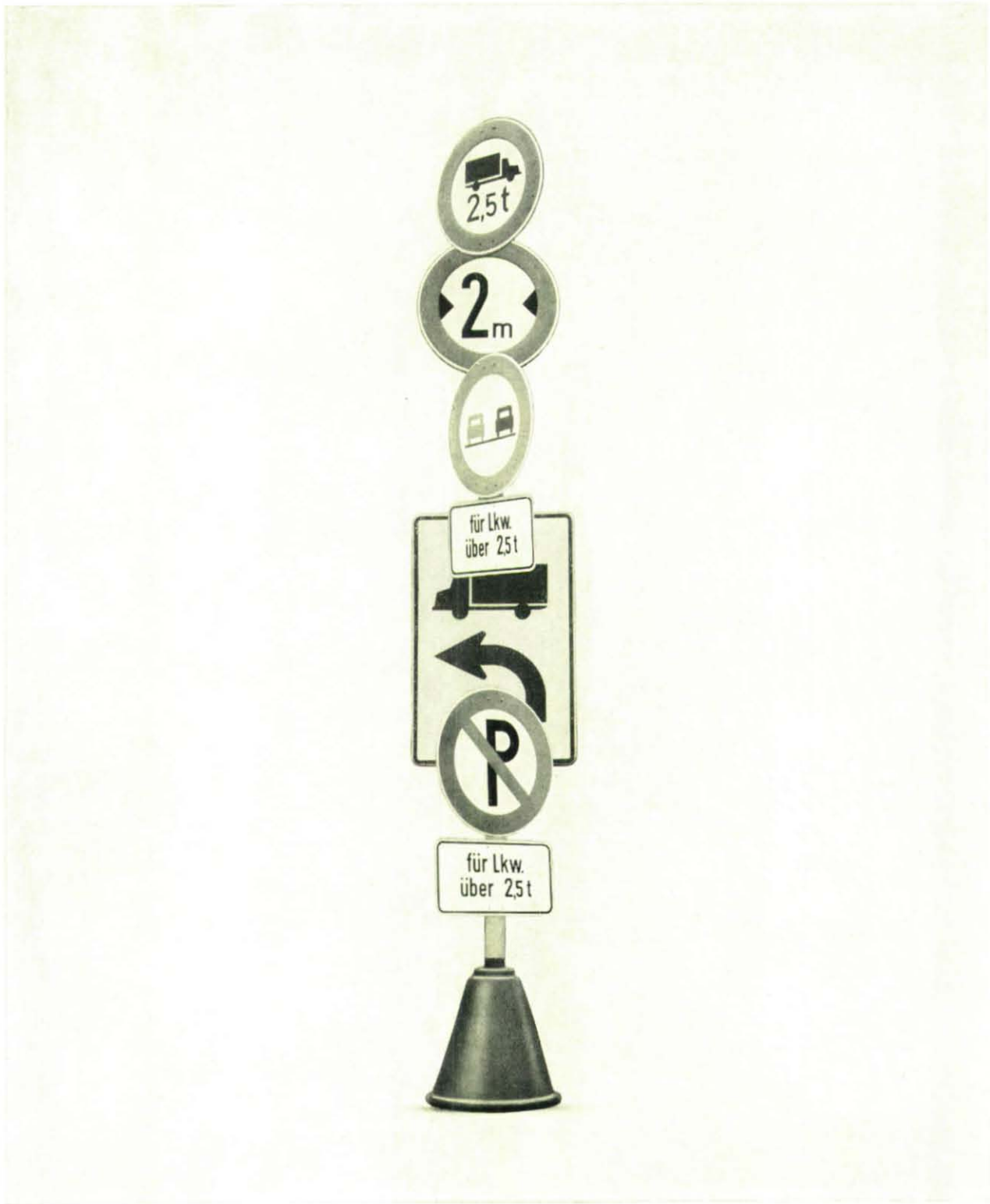
# ZIVILER BEVÖLKERUNGSSCHUTZ



Nr. 6 · Juni 1965 · 10. Jahrgang · Preis des Einzelheftes DM 1.50



**ZIVILSCHUTZTAGE IN BIELEFELD**



## Geht uns nichts an.

Der VW-Transporter ist in seinen Abmessungen ein Personenwagen: nur 4,28 m lang, 1,75 m breit, 1,92 m hoch.

Trotzdem ist er ein Lastwagen. Mit einer Tonne Nutzlast. Und 4,8 cbm Laderaum.

Aber die üblichen Verkehrszeichen für Lastwagen gelten für ihn nicht.

Begrenzungen in der Höhe gelten für ihn nicht. Begrenzungen in der Breite gelten für ihn nicht. Begrenzungen im Gewicht gelten für ihn nicht.

Lastwagen-Überholverbote gelten für ihn nicht. Lastwagen-Parkverbote gelten für ihn nicht. Lastwagen-Fahrverbote gelten für ihn nicht.

Er kann also überall fahren, wo ein Personenwagen fahren kann.

Nur daß er eine Tonne Ladegut transportieren kann. Das kann ein Personenwagen nicht.



### INHALT

Wer protestiert? .....	1
Das moderne Kriegsbild. Grundlage einer wirksamen Zivilverteidigung. Von Martin Krüger .....	2
Bielefeld lud ein. Eine machtvolle Werbung für den Zivilschutz .....	8
Schicksalsgemeinschaft in der Katastrophe. Zivilschutzwoche in einer Schweizer Sektion .....	12
ZB im Bild .....	14
ABC-Schutz in Betrieben. Fragen der praktischen Durchführung lebhaft diskutiert ..	16
Radioaktivität weiter zurückgegangen ....	18
Neue Bücher .....	19
Die Einstellspritze .....	20
Ein Fachzentrum für Zivilschutz .....	22
Entsalzung von Meerwasser durch Kernenergie .....	23
70 000 Personen arbeiten mit Strahlen ....	24
Realisierbare Visionen. Die voraussichtliche Entwicklung der Kerntechnik in den nächsten 15 Jahren. Von Dr. Glenn T. Seaborg .....	26
Zivilschutz als staatspolitische Aufgabe ...	28
Abwurf ohne Fallschirm .....	29
Landesstellen berichten .....	30

### Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesluftschutzverband, Köln

Chefredakteur: Fried. Walter Dinger; Redakteure: Helmut Freutel, Alfred Kirchner, Dr. phil. Clemens Schocke, alle in 5000 Köln, Merlostraße 10-14, Tel. 72 01 31; Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung: Münchner Buchgewerbehaus GmbH, 8000 München 13, Schellingstraße 39-41, Tel. 22 13 61. Für den Anzeigenteil verantwortlich Hans Horsten. Z. Z. gilt Anzeigenpreisliste 3/D. Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Bei Einsendungen Rückporto beifügen. Für unverlangte Beiträge keine Gewähr. — Photomechanische Vervielfältigungen für den innerbetrieblichen Gebrauch nach Maßgabe des Rahmenabkommens zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie gestattet. Als Gebühr ist für jedes Blatt eine Wertmarke von DM 0,10 zu verwenden. — Diese Zeitschrift erscheint monatlich. Einzelpreis je Heft DM 1,50 zuzüglich Porto (Österreich: ÖS 10,—, Schweiz: Fr. 1,80, Italien: L 250). Abonnement: vierteljährlich DM 4,50 zuzüglich DM 0,09 Zustellgebühr. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß spätestens an dessen ersten Tag beim Verlag eingehen. Bestellungen bei jedem Postamt oder beim Verlag.



Beinahe täglich lesen wir in der Zeitung, daß diese oder jene Gruppe gegen „die Notstandsgesetze“ protestiert. Drei Wellen von Professoren-Protesten rollten über uns hinweg. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat sich geäußert. Die Gewerkschaften schrieben Briefe und verfaßten Resolutionen. Einige Studentenverbände lassen sich hören. In den verschiedensten Zeitungen erscheinen lange Artikel. Ist also die gesamte Bevölkerung gegen die Gesetze zur Vorsorge für den Fall eines Krieges?

Es lohnt sich, genauer zu untersuchen, von wem eigentlich die meisten dieser Proteste ausgehen. Neuerdings gibt es ja Unterschriften, so daß man sich nicht durch die Firma verwirren zu lassen braucht, unter der die Resolutionen veröffentlicht werden. Solche Untersuchungen führen zu dem überraschenden Ergebnis, daß — abgesehen von den Gewerkschaften und von Interessentengruppen der Wirtschaft — immer wieder dieselben Namen auftauchen. Man findet sie als Verfasser von Aufsätzen, sie geben Interviews — und finden immer willige Journalisten, die sie interviewen — und sie tauchen auch in allen Unterschriftenlisten auf. So einfach ist es also, den Anschein zu erwecken, als seien sich die verschiedensten Bevölkerungsgruppen in der Ablehnung aller dieser Gesetze einig.

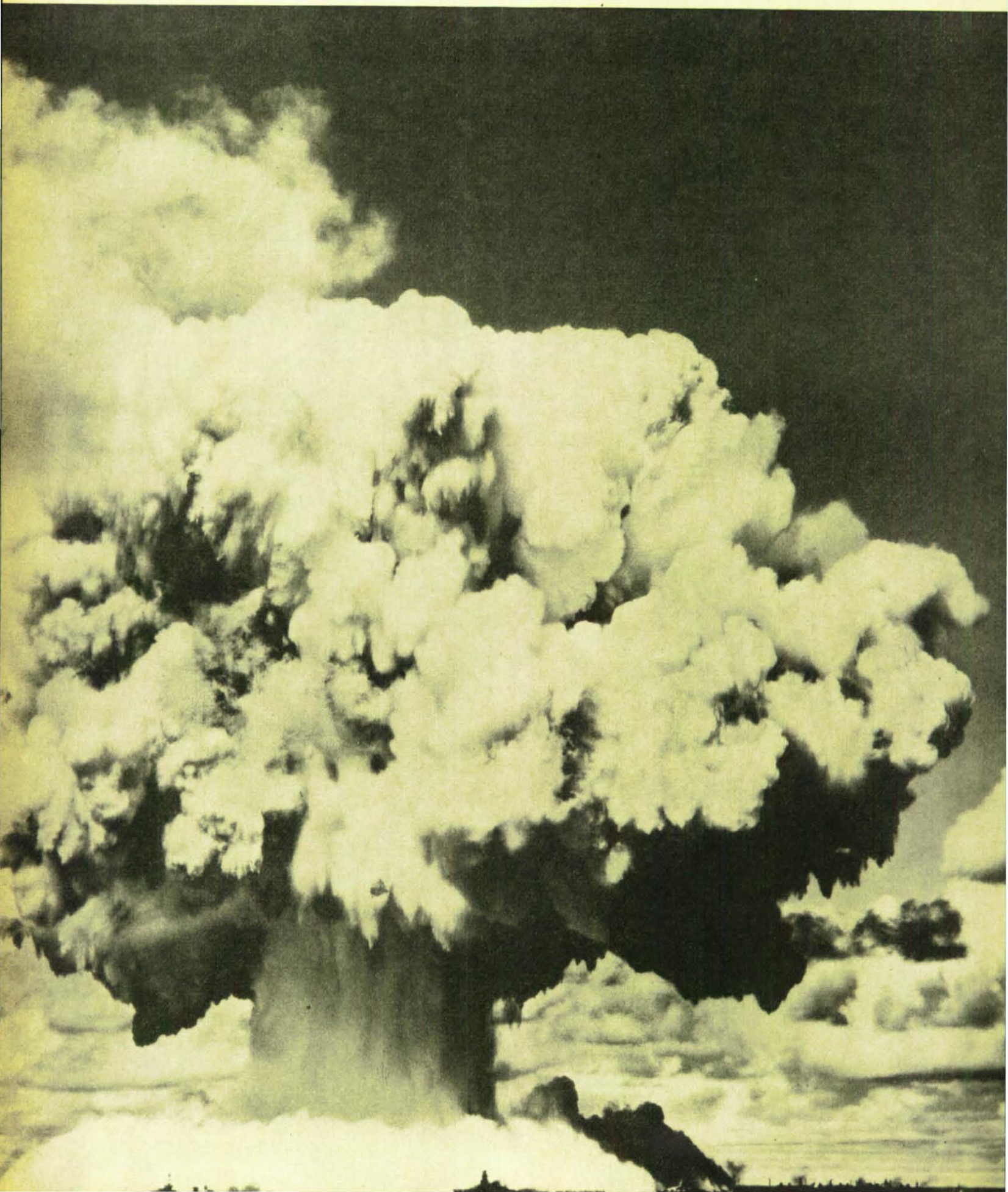
Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn man selbst mit Vertretern verschiedener Berufsgruppen spricht. Trifft man etwa auf Kommunalpolitiker, so lautet die Frage, warum denn nicht endlich die notwendigen Rechtsgrundlagen für Notstandsfälle geschaffen würden. Spricht man mit Ärzten, so wird gefragt, ob die Regierung sich eigentlich der ungeheuren Zahl von Verletzten bewußt sei, mit der im Falle eines Krieges gerechnet werden müsse. Bei Pädagogen trifft man auf besonderes Interesse an der Nachbarschaftshilfe und an den Grundgedanken des Selbstschutzes. Arbeitnehmer fragen, warum eigentlich noch gar nichts für den Schutz am Arbeitsplatz vorbereitet sei. Und wie war noch das Ergebnis der Emnid-Umfrage aus dem vergangenen Jahr? Über 80% traten dafür ein, daß der Staat Zivilschutzmaßnahmen vorbereiten sollte; 60% bekannten sich dazu, selbst etwas beizutragen, und über 90% waren zur Nachbarschaftshilfe im Katastrophenfall bereit.

Bestätigt wurden alle diese Ergebnisse erneut während der Zivilschutztage in Bielefeld. Mit viel Interesse, Verständnis und persönlicher Einsatzbereitschaft beteiligte sich eine große Zahl von Bürgern aus der Stadt und der Umgebung. Es wurden gute Vorführungen und einleuchtende Ausstellungen gezeigt. Und man sah es den Mitwirkenden an, wie sehr sie bei der Sache waren.

Nach alledem scheint also ein grobes Mißverständnis zwischen der Lautstärke der Proteste gegen die Notstandsgesetze und der Zahl derjenigen zu bestehen, die tatsächlich gegen Vorbereitungen für den Schutz der Bevölkerung im Falle eines Krieges sind. Es wäre gut, wenn sich die Protestierenden und ihre Zuhörer und Leser dessen bewußt würden.

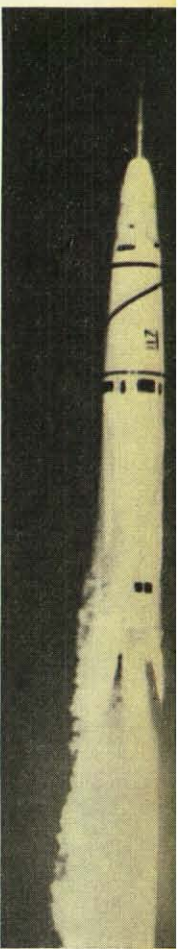
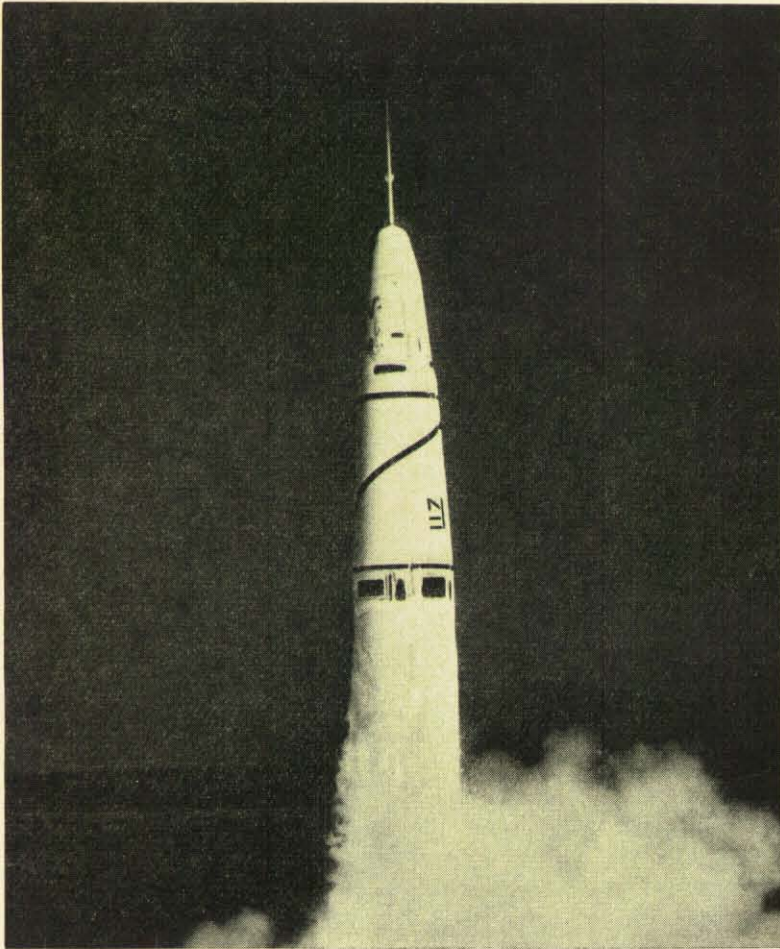
# Das moderne

Von Martin Krüger



# Kriegsbild

## Grundlage einer wirksamen Zivilverteidigung



**Z**ur Vorbereitung einer Zivilverteidigung auf alle denkbaren Formen von Katastrophen gehört als logischer Bestandteil die nüchterne und sachliche Überlegung des eventuell zu erwartenden Kriegsbildes. Erst von dieser Grundlage aus lassen sich vernünftige und zweckmäßige Maßnahmen planen, vorbereiten, üben und im äußersten Falle auch ausführen.

Die Überlegung über das moderne Kriegsbild muß Ausgangspunkt sein für die Aufklärung und Ausbildung der Zivilbevölkerung und die Kräfte der Zivilverteidigung. Ohne die Berücksichtigung dieses Ausgangspunktes wird zwangsläufig viel vergebliche, überflüssige und oft falsche Arbeit geleistet werden, viel Geld sinnlos vergeudet. Dabei kommt es besonders darauf an, daß sowohl die Helfer in der Zivilverteidigung als auch die Bevölkerung zu einem sachlich klaren Bild gelangen,

ohne Unter- oder Übertreibung. Gerade sie sind aber heute in bedenklichem Ausmaße verbreitet. Dies könnte in einem Ernstfall für Millionen Menschen lebensgefährlich werden.

Kritiker und Gleichgültige neigen zur „Schwarzmalerei“, um ihren ablehnenden Standpunkt zu begründen. Manche Befürworter einer Zivilverteidigung sehen die Probleme gerne ein wenig durch die „rosarote Brille“, um sich damit eine — nur scheinbar — leichtere Position bei der Aufklärung und Ausbildung zu verschaffen.

Es soll hier nur insoweit ein Kriegsbild entworfen werden, als es für die Zivilverteidigung notwendig ist. Fragen der militärischen Verteidigung gehören nicht in diese Betrachtung. Es werden also vorwiegend — nicht ausschließlich — Probleme des Luftkrieges zur Sprache kommen.

Als Unterlagen der vorliegenden Be-

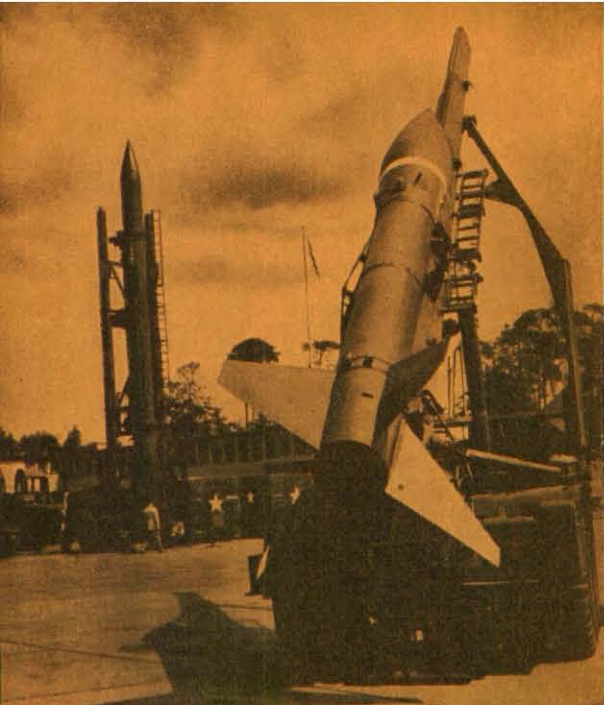
trachtung sind ausschließlich offizielle und allgemein zugängliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes benutzt worden.

### Der Wert der Erfahrungen

Erfahrungen des letzten Krieges sind auch heute noch grundlegend wichtig und zutreffend, wenn es um die Frage nach dem Sinn der Rettung von Menschenleben und Sachwerten geht.

Sie treffen allgemein auch dann noch zu, wenn es um die Einzelmaßnahmen der Laienhilfe, Rettung und Brandbekämpfung geht. Für sie ist es zunächst gleichgültig, ob z. B. ein Brand durch Brandbombenabwurf oder den Hitzeblitz einer Kernwaffe entstanden ist.

Die Erfahrungen des 2. Weltkrieges werden aber in keiner Weise ausreichen, um das Bild des modernen Krieges in seinem ganzen Ausmaß sowie der Intensität



des Grauens und der Vernichtung zu erfassen. Dies zu begründen, genügt allein schon ein Blick auf die Waffenentwicklung seit dem letzten Kriege. Die folgenden Beispiele, die nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, waren 1945 noch gar nicht oder gerade erst im Anfangsstadium ihrer technischen Entwicklung vorhanden:

**Kernwaffen**, die eine bis zu 15fache Sprengkraft in einer Bombe gegenüber allen während des 2. Weltkrieges auf das Deutsche Reich abgeworfenen Spreng- und Brandbomben haben.

**Raketen** mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit, die als Träger nuklearer Sprengköpfe mit interkontinentalen Reichweiten dienen, und praktisch jeden Punkt der Erde erreichen können.

**Überschallflugzeuge** mit 1–3 mach im Tiefstflug oder sehr großen Höhen (über 20 000 m), z. B. die amerikanische A 11. Ihre Eindringtiefen sind durch Betanken in der Luft praktisch unbegrenzt.

**Satelliten**, die heute bereits mit höchster Präzision bis in den Bereich des Welt- raumes wie selbstverständlich ihre Bahnen ziehen. Sie können z. B. Beobachtungen und Aufnahmen von größter Genauigkeit von jedem beliebigen Punkt der Erde liefern. Es ist durchaus denkbar, daß sie auch als Waffenträger genutzt werden können. Aber allein als Beobachtungssatelliten besitzen sie bereits einen entscheidenden militärischen Wert.

**Laser**, ein höchst wirksames und vielseitiges Verfahren der Energienutzung (Licht). Seine technischen Möglichkeiten — damit auch die Anwendung als Waffensystem — sind bei weitem noch nicht erforscht oder schon zu überschauen.

Eine wesentliche Einsicht hat der 2. Weltkrieg allerdings erbracht. Sie ist auch heute noch grundlegend. Die Terrorangriffe riesiger Bombergeschwader haben auf beiden Seiten, trotz allen enormen Aufwandes, großen Einsatzes und aller furchtbaren Opfer, in keiner Weise die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt und erhofften Erfolge gebracht.

### Der moderne Krieg und die Zivilverteidigung

Flächenangriffe großer Bomberpulks von mehreren Dutzend oder vielen Hundert Maschinen wird es nicht mehr geben.

Dicht fliegende und an Zahl große Bomberpulks sind durch die modernen leistungsfähigen Ortungsmittel (Radar) viel zu leicht und vor allem zu frühzeitig auszumachen. Gleichfalls werden sie durch die heutigen Abwehrwaffen — Flarakete, radargesteuertes Flageschütz — viel zu verwundbar.

Derartige Bomberpulks sind zu unbeweglich und schwerfällig in ihren Kursbewegungen.

Die Gesamtzahl strategischer Bomber ist auf beiden Seiten, gemessen an den Zahlen des 2. Weltkrieges, gering. Es sind heute jeweils weniger als 1000 Maschinen. Auf östlicher Seite sind es besonders wenige. Diese Einschränkung ergibt sich bereits zwingend aus den enormen Kosten je Maschine. So kann es sich heute keine Luftmacht leisten, große Zahlen von Maschinen auf ein Ziel anzusetzen.

Tragkraft, Geschwindigkeit und Eindringtiefe moderner Kampfflugzeuge machen außerdem eine Bombermassierung auf ein Ziel unnötig.

Unsere persönlichen Beobachtungen übender Militärmaschinen zeigen, daß einzeln, in Zweier-Rotte oder Vierer-Schwarm geflogen wird. Flüge geschlossener großer Verbände sieht man höchst selten oder gar nicht.

Der Einsatz kleinster Formationen wird daher die zu erwartende Angriffsart sein. Einzelflug, Rotte oder Schwarm bieten die Möglichkeit: a) der Zersplitterung der gegnerischen Abwehr — b) des Unterfliegens der Radarüberwachung im Tiefstflug — c) einer Verringerung der Waffenwirkung der Abwehrwaffen — d) von unentdeckten Einzelflügen in größten Höhen — e) daß tatsächlich ein Teil der angreifenden Waffenträger zum Zielraum durchdringt.

Auch die Raketen sind — abgesehen von einigen Mehrfachwerfern als Gefechtsfeldwaffen, wie sie z. B. bei der Roten Armee vorhanden sind — nach Zahl,

Kosten, Feuergeschwindigkeit und erforderlicher Elektronik Einzelfeuerwaffen. Sie eignen sich somit ebenfalls nicht zum Flächenangriff in der Art der Bomberpulks des 2. Weltkrieges.

Um nun bei den zeitgemäßen Angriffsformen und der unvermeidlichen Streuung der Raketen (um so erheblicher, je weiter der Flugweg) sowie der Behinderung durch Abwehrwaffen eine ausreichende Zerstörung am Ziel zu erreichen, muß die Sprengkraft der einzelnen Waffe um ein Vielfaches gesteigert werden — das bedeutet: Einsatz von Kernwaffen.

Ergänzend dazu besteht die Möglichkeit, den Sprengkopf in mehrere kleinere Sprengsätze kurz vor dem Einschlag zu zerlegen, um dadurch die Flächenwirkung zu erweitern.

Hierzu folgende ergänzende Feststellungen:

Die modernen Waffensysteme im strategischen Bereich sind ihrer ganzen Art nach Kernwaffenträger.

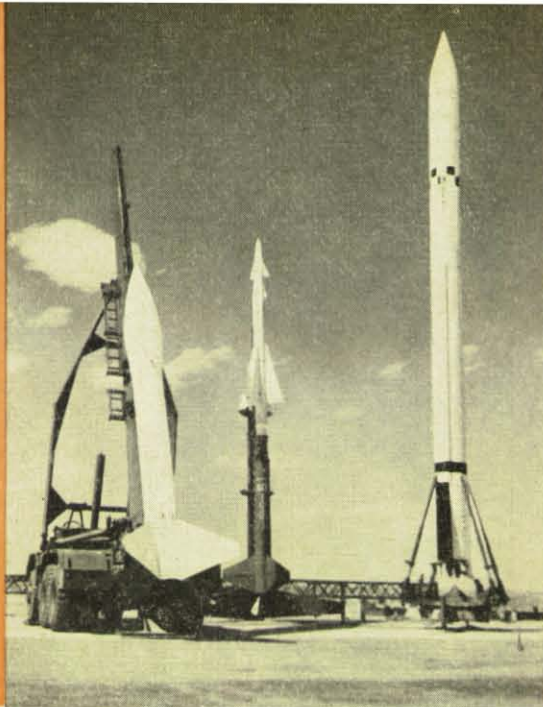
Die Truppen des Ostblocks — des einzigen z. Z. denkbaren und möglichen Gegners — werden grundsätzlich zur Kampfführung unter atomaren Bedingungen ausgebildet. Das gilt einschließlich der Verbände der Nationalen Volksarmee (NVA). Somit rechnet die Gegenseite im Kriegsfall mit dem Einsatz von Kernwaffen.

Die im mitteleuropäischen Raum einsatzbereiten NATO-Divisionen (24) sind zahlenmäßig denen des Ostblocks im gleichen Abschnitt (60 — davon allein 20 sowjetische und 6 NVA-Divisionen in der SBZ) so unterlegen, daß ein Abwehrerfolg nur bei einer erheblichen Feuerdichte zu erwarten ist. Das dürfte aber wohl nur bei Anwendung atomarer Gefechtsfeldwaffen zu erreichen sein.

Ob ein möglicher Angreifer nun seinerseits mit dem Einsatz eigener Kernwaffen warten wird, bis ihm atomares Abwehrfeuer entgegen schlägt, dürfte mindestens sehr fraglich sein. Wahrscheinlich würde er selbst den Angriff atomar einleiten.

Ein Krieg im europäischen Raum wäre also, sofern er als offener Krieg ausbrechen würde, aller Wahrscheinlichkeit nach ein Kernwaffenkrieg.

# Raketen — perfektionierte Zerstörungstechnik — stehen abschußbereit in Ost und West



Gegenüberliegende Seite links: Waffen der amerikanischen Raketenartillerie: „Corporal“ (links) und „Honest John“. Rechts: Abschuß einer Panzerabwehrrakete vom Typ SS 11 vom Schützenpanzer HS 30 aus. Nebenstehend links: moderne Raketenwaffen (v. l. n. r.): „Honest John“, „Nike“ und „Corporal“, auf fahrbaren Abschußrampen startbereit. Unten links: eine Stellung „Nike Ajax“; rechts: eine „Sergeant“-Rakete.



Auf diese Möglichkeit haben wir uns einzustellen. Dazu reichen unsere Erfahrungen des 2. Weltkrieges nicht aus! Angemessene Entschlüsse müssen gefaßt werden.

## Begrenzter oder totaler Atomkrieg?

Versuchen wir nun eine Antwort zu finden auf die Frage: Würde der mögliche Atomkrieg ein totaler Atomkrieg werden?

Der mögliche Gegner will aus seinem Angriff politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gewinn ziehen. Es nutzt ihm keine total zerstörte Atomwüste.

Bei den vorherrschenden mitteleuropäischen Klimabedingungen würde sich ein östlicher Angreifer bei einem ausgedehnten totalen Atomschlag sehr leicht selber gefährden, besonders durch den radioaktiven Niederschlag.

Um einem westlichen Vergeltungsschlag möglichst zu entgehen, müßte der östliche erste Kernwaffeneinsatz gegen die amerikanischen ICBM-Abschußbasen ge-

richtet werden. Keine Macht der Welt hat jedoch so viele Trägerwaffen, um alle entscheidenden Ziele Europas und Nordamerikas total vernichtend zu treffen.

Die westlichen ICBM sind verbunkert, auf Atom-U-Boote verteilt oder als Bomben an Bord strategischer Bomber. Hinzu kommt eine im günstigen Falle 25minutige Warnzeit für die USA. Es bestände also für einen Angreifer keine Aussicht, einem westlichen Vergeltungsschlag selbst im Falle eines plötzlichen und totalen Atomangriffs zu entgehen. Überlegungen von Fachleuten haben ergeben, daß es in Europa kein strategisches Ziel gibt, das den Einsatz von mehr als 500—800 kt-Waffen lohnen würde. Es taucht in diesem Zusammenhang ja auch das Problem der Kosten solcher Waffen auf.

Immerhin sind die genannten kt-Werte noch das Fünfundzwanzig- bis Vierzigfache der Bomben von Hiroshima und Nagasaki!

Ein totaler Atomkrieg ist also wenig wahrscheinlich. Es ist sicherlich nicht

unmöglich, daß ein in eine scheinbar ausweglose Situation gedrängter Angreifer im äußersten Falle nicht doch den großen Atomschlag als „ultima ratio“ anwenden würde. Daraus ergibt sich jedoch ein politisches und strategisches Problem, das nicht in den hier zu behandelnden Zusammenhang gehört.

## „Superbombe“ ungeeignet?

Im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung im mitteleuropäischen Raum ist aller Voraussicht nach mit einem sogenannten begrenzten Atomkrieg zu rechnen. Das bedeutet den Einsatz taktischer Kernwaffen in der Kampfzone, im rückwärtigen Gebiet sowie im Bereich der Versorgungslinien. Die Grenze der taktischen Kernwaffen ist dabei nicht so sehr durch die Sprengkraft (kt), sondern vielmehr durch die Art und den Ort des Waffeneinsatzes bedingt. Es dürfte sich jedoch wohl um Waffen im kt-Bereich handeln.

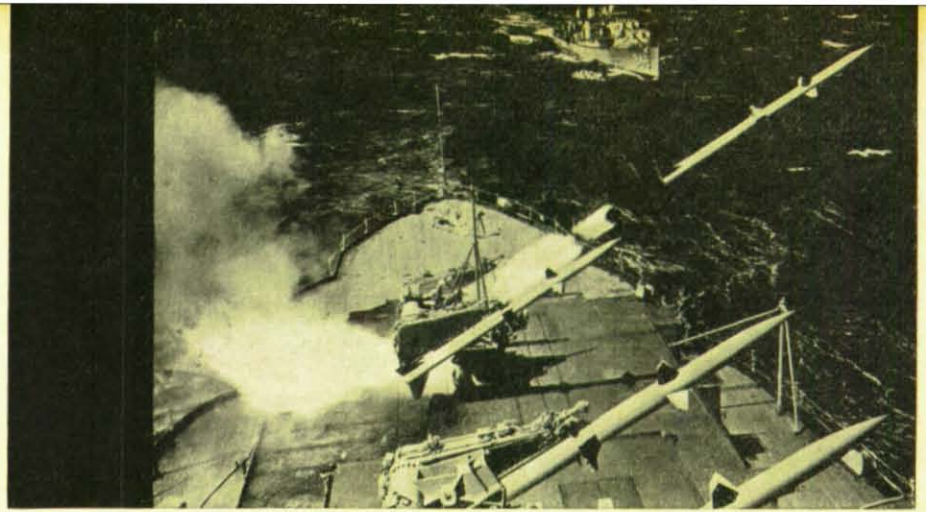
Kennzeichnend für diese Entwicklung ist das Bemühen der Atommächte, kleinere,

handlichere, in den Wirkungen begrenzte und zu beherrschende Kernwaffen zu entwickeln. Sie sind billiger, daher in größerer Zahl herzustellen und leichter ins Ziel zu bringen. Durch Streuung mehrerer Waffen kann die Flächenwirkung bei gleichzeitig beschränkter Wirkungszeit und begrenztem Wirkungsraum erweitert werden. Das getroffene und verstrahlte Gebiet kann von der eigenen Truppe u. U. sofort nach der Detonation durchstoßen werden. Es kann von ihr zeitiger für längere Zeit betreten oder gar besetzt werden.

Die „Superbombe“ ist für eine derartige Kampfführung ungeeignet. Sie ist eher ein Druckmittel im Rahmen der psychologischen Kriegsführung. Militärisch gehört sie allenfalls in den Bereich einer großräumigen Raketenabwehr.

Auf diese Art des Kernwaffeneinsatzes — den begrenzten Atomkrieg — ist die Vorbereitung in allen Bereichen der Zivilverteidigung vom Selbstschutz bis zu den geplanten Einheiten des Zivilschutzkorps, bei der Schutzraumplanung und Vorratshaltung usw. einzurichten. Hierauf ist die Aufklärung und Ausbildung der Zivilbevölkerung einzustellen. Die dargestellte mögliche Form des begrenzten Atomkrieges hat eine weitere damit verbundene Konsequenz für die Zivilverteidigung.

Im Ernstfall werden die Truppen zum eigenen Schutz gegen Kernwaffen sehr verteilt, sehr eng verzahnt und zur schnellen Bildung von Schwerpunkten sowie deren Auflösung nach erfolgter Maßnahme sehr beweglich sein. Der moderne Krieg ist also Bewegungskrieg ohne starren Frontverlauf und mit schnell wechselnden Lagen vorzustellen. Daraus ergibt sich wiederum die Notwendigkeit, die Kräfte der Zivilverteidigung auch in der Kampfzone zur Wahrung und Rettung von Menschenleben einzusetzen. Dies ist schon deswegen unvermeidlich, weil die Zivilbevölkerung im eigenen Interesse im Ernstfall zu Hause zu bleiben hat und nicht fliehen soll. Sie wird also unweigerlich in der Kampfzone vom Gefechtsgeschehen betroffen — muß also im Schadensfall gerettet und versorgt werden. (IV. Genfer



Abkommen zum Schutz der Zivilbevölkerung im Kriegsfall von 1949.)

### B- und C-Kampfmittel nicht übersehen

Nichts ist bisher über den Einsatz von B(bakteriologischen)- und C(chemischen)-Kampfmitteln gesagt worden. In der Diskussion werden sie angesichts der Kernwaffen leicht übersehen. Wenn sie im letzten Krieg auch nicht eingesetzt wurden bzw. noch nicht vorhanden waren, so besagt das nicht, daß sie in einem zukünftigen Krieg nicht eingesetzt werden würden. Ausbildung, Ausrüstung und Einsatzplanung sind auch auf diese besonders gefährlichen und heimtückischen Kampfmittelarten einzustellen. Sie bieten einem Angreifer den Vorteil der Ausschaltung der Bevölkerung und der Truppen des Gegners ohne materielle Zerstörung.

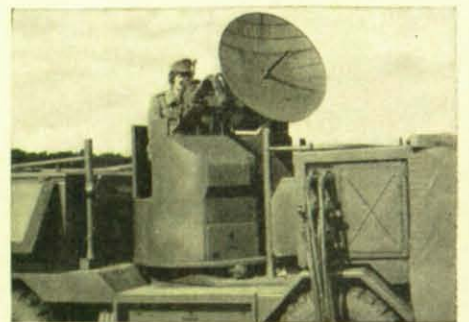
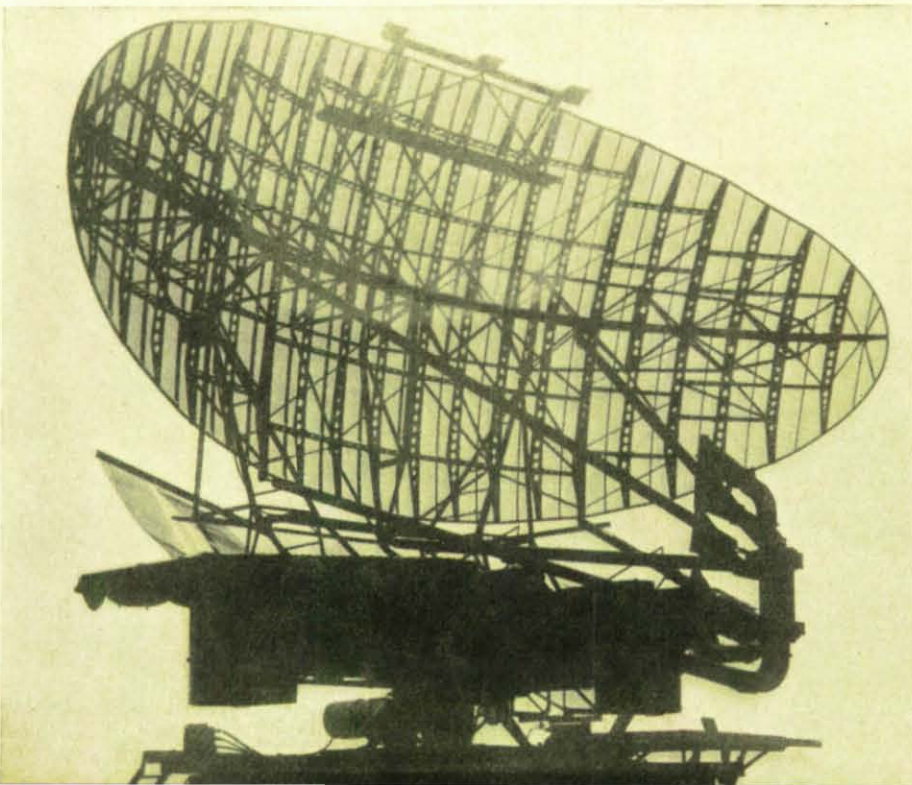
Selbstverständlich ist nicht zu erwarten, daß in einem modernen Krieg ausschließlich Kernwaffen eingesetzt würden, selbst in einem totalen Großkrieg nicht. Am Anfang, während des Kernwaffeneinsatzes und nach dem atomaren Schlagabtausch ist der ergänzende Einsatz konventioneller Waffen denkbar und wahrscheinlich. Vielleicht handelt es sich auch um eine zeitliche, örtlich und in der Zielsetzung begrenzte Auseinandersetzung, bei der es nicht bzw. noch nicht zu der hier als wahrscheinlich an-

genommenen Form des begrenzten Atomkrieges käme. Der Einsatz bliebe auf konventionelle Waffen beschränkt. Aber auch ihre Wirkung ist seit dem 2. Weltkrieg erheblich gesteigert worden. Auf jeden Fall werden aber Ausbildung, Ausrüstung und Schutzmaßnahmen gegen Kernwaffen bei Einsatz konventioneller Waffen wirksam sein.

### Der „verdeckte Kampf“

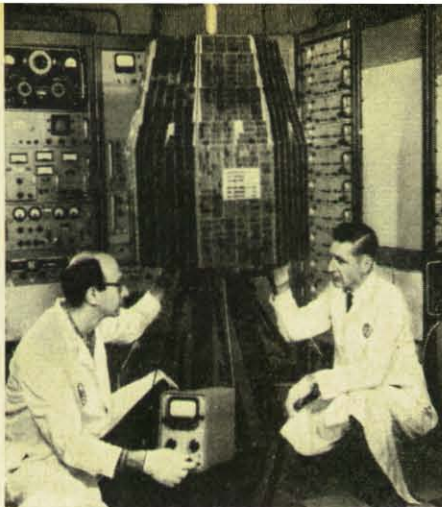
Es ist nun sehr wohl denkbar, daß ein möglicher Angreifer angesichts des Risikos der eigenen Vernichtung, mindestens aber schwerster eigener Zerstörungen und Verluste vor einem offenen Krieg zurückschreckte. Dies ist nicht nur eine bestimmte gedankliche Konstruktion. Es ist vielmehr Grundlage unserer gegenwärtigen Sicherheit — auf jeden Fall wenigstens im europäischen Raum. Dabei sind lokale Auseinandersetzungen (Korea, Vietnam, Laos, Ungarn, Zypern usw.) nicht ausgeschlossen. Auf jeden Fall ist aber in dieser Situation das Endziel östlicher Politik, nämlich die Ausweitung des kommunistischen Machtbereiches, nicht aufgegeben. Es wird z. Z. im wesentlichen mit politischen Mitteln verfolgt.

Dabei ist die Form des „verdeckten Kampfes“ (v. K.) eine der denkbaren Möglichkeiten. Sie wird auch tatsächlich schon mehrfach mit wechselndem Erfolg angewendet. Gegenwärtig können wir





Links: USS Mississippi feuert Raketen ab. Rechts: US-Nachrichtensatellit; rechts außen: Tiros III dient der Übermittlung von Wolkenbildern zur Wettervorhersage. Gegenüberliegende Seite, links unten: Radargerät; rechts oben: Radargerät der Flugabwehr; unten: radargesteuertes Feuerleitgerät. Unten: „Nautilus“, das erste atomgetriebene US-Unterseeboot.



diese Kampfform in einem sehr fortgeschrittenem Stadium in Vietnam beobachten. Es handelt sich beim „verdeckten Kampf“ um eine Stufe des „noch nicht heißen Krieges“, der aber auch kein „kalter Krieg“ mehr ist. Er wird auf der Seite des Angreifers noch nicht mit regulären Truppen geführt, um keinen Anstoß zum offenen Krieg zu geben, ehe die innere Widerstandskraft des Verteidigers untergraben und gebrochen ist. Im Verlauf des „verdeckten Kampfes“ wird es u. a. auch zum Einsatz von Agenten, Sabotagegruppen und schließlich auch von Banden im angegriffenen Lande kommen. Deren Aufgaben wären neben anderen die Beunruhigung der Bevölkerung, die Störung und Ausschaltung von Verkehrs-, Versorgungs- und Industrieanlagen. Hierbei ist auch ein Einsatz von bakteriologischen und sogar auch chemischen Kampfmitteln möglich.

Bei einem „verdeckten Kampf“ ist zwar nicht mit Zerstörung und Verlusten unter der Bevölkerung in den Ausmaßen eines Atomkrieges zu rechnen. Auf jeden Fall würde aber gerade die Zivilbevölkerung das Ziel der Aktion sein, um ihre Widerstandskraft und ihr Vertrauen in die staatliche Ordnung zu zerstören. Sie wäre von den Auswirkungen des „verdeckten Kampfes“ erheblich betroffen. Dabei sind u. U. örtlich erhebliche Verwüstungen und Opfer zu erwarten. Man denke z. B. nur einmal an die Folgen der Zerstörung von Talsperren.

In einem solchen Falle — einem inneren Notstand — ergäbe sich ein weites und wichtiges Aufgabengebiet für die Kräfte der Zivilverteidigung. Wichtig ist dabei schon die Vermeidung einer Panik der Bevölkerung. Denn diese könnte wieder die mit der Aktion angestrebte Voraussetzung des Gegners zur Auslösung des „heißen Krieges“ sein. Auch bei dem Einsatz der Zivilverteidigung im „verdeckten Kampf“ ist mit Einwirkungen der „verdeckten Kämpfer“ auf die Rettungseinheiten und Helfer zu rechnen, um die Bergungs- und Löscharbeiten im Schadensbereich zu unterbinden und die Wirkung der Aktion zu erweitern.

### Ergebnis und Folgerung

1. Ein moderner Krieg in Mitteleuropa wäre wahrscheinlich ein Atomkrieg.
2. Es würde sich vermutlich ein sogenannter begrenzter Atomkrieg entwickeln. Der totale atomare Großkrieg ist wenig wahrscheinlich, wenn auch nicht unmöglich.
3. Dieser Krieg würde nicht mehr die Formen des Luftkrieges von 1939—1945 annehmen.
4. Selbstverständlich käme es auch zum Einsatz konventioneller Waffen.
5. Der moderne Krieg wäre ein Bewegungskrieg.
6. Je unwahrscheinlicher der „heiße Krieg“ auf Grund der Steigerung der

Vernichtungsgewalt moderner Waffen wird, um so mehr verstärkt sich die Möglichkeit des noch nicht heißen sog. „verdeckten Kampfes“.

7. Für alle oben genannten Formen eines modernen Krieges reichen die Erfahrungen des 2. Weltkrieges in keiner Weise aus.

8. Die Helfer und Einheiten der Zivilverteidigung müssen auf einen Einsatz a) unter atomaren Bedingungen, b) im Kampfzonenbereich, c) unter Bedingungen des „verdeckten Kampfes“

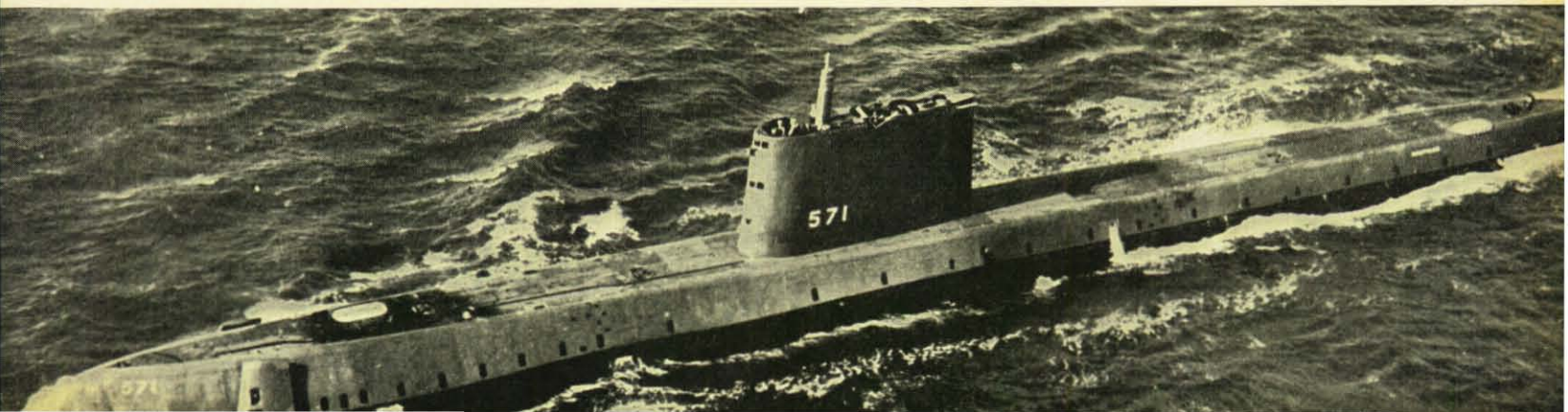
ausgebildet und vorbereitet werden. Ihr Einsatz ist entsprechend zu planen und zu üben.

Das gilt sowohl für den Selbstschutz als auch für den geplanten Zivilschutzdienst und das Zivilschutzkorps.

9. Die Bevölkerung muß über diese Möglichkeiten aufgeklärt und unterrichtet werden.

10. Wer die Konsequenzen aus den Möglichkeiten eines modernen Krieges nicht ziehen will, anders plant, ausbildet und übt, vergeudet sinnlos Zeit und materielle Werte. Er handelt zumindest fahrlässig an seinen Mitmenschen, denen zu helfen alle aufgerufen sind.

(Dieser Beitrag gibt die persönlichen Ansichten des Verfassers wieder. Sie entsprechen nicht unbedingt den Auffassungen der Redaktion oder des Herausgebers.)





# Bielefeld lud ein

## Machtvolle Werbung für den Zivilschutz

In der Zeit vom 11. bis 16. Mai veranstaltete die Stadt Bielefeld eine großangelegte Werbungsaktion für den Gedanken des Zivilschutzes und für die Mitarbeit in den Reihen seiner Helferschaft. Die sogenannten „Zivilschutztage Bielefeld“ boten in dieser Zeit wohl das umfangreichste Programm im Vergleich zu ähnlichen Aktionen, wie es zum Beispiel die Selbstschutzwochen waren. In zwei Punkten unterschieden sich diese Zivilschutztage von früheren Veranstaltungen ähnlicher Art jedoch ganz erheblich. Erstens lag das Schwergewicht der Aktion nicht nur auf dem Gebiet des Zivilschutzes im Verteidigungsfall, sondern auf dem Schutz des Bürgers in Katastrophen überhaupt; zweitens war es eine geschlossene Demonstration aller freiwilligen Hilfsverbände, mit dem Ziel, den Bürger für die Mitarbeit zu werben. Folgende Organisationen waren beteiligt: Arbeiter-Samariter-Bund, Bundesluftschutzverband, Deutsches Rotes Kreuz, Feuerwehr, Johanniter-Unfallhilfe, Luftschutzhilfsdienst, Malteser-Hilfsdienst und Technisches Hilfswerk. Unterstützt wurde die Werbung dieser Verbände durch die Bundeswehr, den Bundesgrenzschutz, die Polizei und private Unternehmen.

Schwerpunkte der großen Werbeaktion waren die neue, erstmals gezeigte Ausstellung „Unser Zivilschutz“, Werbemaßnahmen für die Gewinnung von Angehörigen der „Weißen Jahrgänge“ sowie Werbemaßnahmen in Schulen und auf den Straßen und Plätzen der „Leinenstadt am Teutoburger Wald“. Veranstalter war die Stadt Bielefeld, deren rühriger Oberstadtdirektor, Heinz Robert Kuhn, gleichzeitig Präsident des Bundesluftschutzverbandes ist.

Bielefeld, auch das soll erwähnt sein, ist eine schöne, regsame und gastliche Industriestadt im Grünen. Es ist eine Kaufmannsstadt, deren wertvolles Handelsobjekt, das Leinen, den guten Ruf bis nach Übersee begründete und ihren Namen zu einem Qualitätsbegriff machte. Doch nicht nur Leinen, „das weiße Gold“, wird hier hergestellt; die Bielefelder Wirtschaft besitzt große Vielsei-

tigkeit. Die ganze Stadt spiegelt den Gewerbefleiß, die Zähigkeit und Gründlichkeit des ravenbergischen Menschen wieder.

Im Rahmen einer Festveranstaltung wurden die „Zivilschutztage Bielefeld“ im Theater am Alten Markt unter großer Beteiligung von Gästen aus Ministerien und Behörden, Organisationen und anderen Institutionen eröffnet. Oberbürgermeister Hinnendahl wies in seiner Begrüßungsansprache auf Sinn und Zweck der Aktion hin. Er sagte unter anderem:

„Der Gedanke des Zivilschutzes ist in weiten Kreisen der Bevölkerung unpopulär und weckt unangenehme Erinnerungen. Weitverbreitet ist auch die Meinung, daß die fürchterlichen Vernichtungswaffen, deren ungeheure Zerstörungskraft wir nur ahnen, aber in ihren tatsächlichen Auswirkungen nicht kennen, alle Schutzmaßnahmen von vornherein zur Wirkungslosigkeit verurteilen. Trotzdem muß es unsere Aufgabe sein, dieser Meinung entgegenzuwirken und überlegte Maßnahmen im Zivilschutz zu treffen. ... Die Ausstellung hat den Sinn, aufzuzeigen, wie geholfen werden kann, und daß zahlreiche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit einer guten Ausbildung erforderlich sind, dieses Ziel zu erreichen.“

Regierungspräsident Ernst Graumann (Detmold), der die Grüße der Landesregierung und des Innenministers Weyer überbrachte, stellte in seinem Vortrag den Zivilschutz als staatsbürgerliche Aufgabe heraus.

Einleitend gab er den Zuhörern eine Definition des Begriffes „Zivilschutz“, der folgende Gebiete umfasse: Selbstschutz, Warn- und Alarmdienst, Luftschutzhilfsdienst (künftig Zivilschutzkorps und Zivilschutzdienst), Schutzbau, Aufenthaltsregelung, Gesundheitswesen und Schutz von Kulturgut.

Allein die Aufzählung dieser Aufgabenbereiche, so fuhr Regierungspräsident Graumann fort, mache es deutlich, auf welche extremen Situationen wir uns einzurichten haben.

Rückblickend auf den zweiten Weltkrieg mit seinen verheerenden Angriffen auf deutsche Städte, würdigte der Regierungspräsident die Erfolge des damaligen Luftschutzes. Ohne dessen Wirken die Verluste unter der Bevölkerung zweifellos höher gewesen wären.

An einen perfekten Schutz sei bei der verheerenden Wirkung moderner Waffen im Treffbereich nicht zu denken, aber man müsse an den viel größeren Bereich der mittelbaren Einwirkung in den Randgebieten denken, wo man mit sinnvollen Maßnahmen durchaus in der Lage sei, Leben und Gesundheit vieler Menschen zu schützen. Die Realisierung dieser Maßnahmen sei zum großen Teil Aufgabe des Staates, jedoch enthebe sie nicht den einzelnen Staatsbürger seiner Verantwortung.

Keine staatliche Maßnahme könne den Selbstschutz entbehrlich machen. Es gehöre zur Würde des Menschen, gegen Gefahren und unheilvolle Situationen vorzubeugen. Die grundsätzliche Bedeutung der „Zivilschutztage Bielefeld“ unterstrichen in Grußworten Ministerialrat H. Kirchner als Vertreter des Bundesinnenministers Höcherl, Landesleiter Stolz vom Arbeiter-Samariter-Bund, das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bundesluftschutzverbandes, Wolfgang Fritze, DRK-Landesgeschäftsführer Rupsch, Bezirksbrandmeister Ulrich vom Verband der Freiwilligen Feuerwehren Westfalen-Lippe, Graf zu Bentheim-Tecklenburg und Rheda für die Johanniter-Unfallhilfe, Leopold Freiherr v. Fürstenberg als Leiter des Malteser-Hilfsdienstes im Bereich der Erzdiözese Paderborn und der Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Dipl.-Ing. Zielinski. Oberstadtdirektor Kuhn dankte allen Organisationen für die vorzügliche Zusammenarbeit und führte aus, daß die Arbeit des Zivilschutzes nur den Zweck habe, das Leben des Bürgers in Frieden und Freiheit zu schützen. Im Rahmen dieser Aufgabe habe auch die kommu-

Luftbild freigegeben durch Regierungspräsident in Münster (Nr. 413/65).

nale Selbstverwaltung ihre Pflicht zu erfüllen.

Mehrere Omnibusse brachten die Teilnehmer der Eröffnungsveranstaltung zum Ausstellungsgelände an der Radrennbahn. Der Umfang des hier Gezeigten übertraf wohl die kühnsten Erwartungen der Besucher. Hier bot sich ihnen ein Einblick in die vielschichtigen Aufgaben des Katastrophen- und Zivilschutzes. In Zelten aller Größenordnungen und auf dem Freigelände war alles untergebracht, was man im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit den Besuchern vorstellen wollte, um ihnen den notwendigen Überblick über das Thema Zivilschutz in seiner Gesamtheit zu geben.

Bekanntlich ist zu diesem Zweck kein anderes Medium so geeignet wie eine Ausstellung. Sie kann gleichzeitig informieren und repräsentieren. Auf ihr kann man die Fülle des Stoffes so unterteilen, daß sie den Besucher nicht verwirrt, sondern sich durch ihre klare Gliederung nachhaltig einprägt.

Ausstellungen, insbesondere solche, die Anschauung mit Hilfe graphischer Elemente vermitteln, müssen so gestaltet sein, daß die Besucher das Thema sozusagen ablesen und in sich aufnehmen. Dies war in Bielefeld gelungen.

### Die Ausstellung

Vor dem Eingang zur Ausstellung „Unser Zivilschutz“ stand aufgerichtet wie ein mahnender Finger eine der Bomben aus dem Weltkrieg. Jetzt noch 70 Zentner schwer, wog sie einst im geladenen Zustand 5,4 t. Sie war vom Grund der Sorpeltalperre durch Spezialtrupps geborgen worden. Jetzt stand sie inmitten von Zehn-, Zwei- und Einzentnerbomben, die gegen das Superding wie Spielzeug aussahen.

Die Ausstellung war im Auftrag des Bundesluftschutzverbandes entstanden und bot sich dem Besucher in Form von Bildtafeln, Modellen, praktischen Schutz- und Rettungsgeräten dar. Schon nach wenigen Schritten fiel eines auf: Dies war nicht die Visitenkarte oder die Selbstdarstellung einer großen Behörde; dieser Versuchung hatte man gottlob widerstanden. Beim Durchwandern der Ausstellung spürte man, daß es um die Sache selbst ging, um die Darstellung des karitativen und humanitären Fundaments, auf dem sich der Zivilschutz gründet, und um die Hervorhebung des Gedankens, daß Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe in Zeiten von Not und Gefahr die soliden Voraussetzungen für Schadensmilderung und Überleben sind. Hier bemühte man sich, Mißtrauen und Vorurteile gegen den Zivilschutz durch Logik zu überwinden, Unkenntnis und falsche Vorstellungen auf dem Gebiet der Waffentechnik und Waffenwirkung zu beseitigen, Schutzmöglichkeiten aufzuzeigen und durch sachliche Aufklärung die Überzeugung von der Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit des Zivilschutzes zu schaffen. Dabei helfen keine Phrasen, kein Versuch der Verniedlichung drohender Gefahren, sondern nur Realitäten und das Herausstellen der Erkenntnis, daß die Grundlagen des Schutzes auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet und in einer umfassenden Vorsorge liegen. In sinnvoller Folge reihte sich Bildtafel an Bild-

tafel, Großfoto an Großfoto, unter sparsamster Verwendung von Text. Hier fand sich der Bürger in seinem Lebensbereich wieder, sah die Gefahren des Unfalls im Haus, an der Arbeitsstelle, im Verkehr und selbst im Urlaub. Eine weitere Reihe von Bildtafeln erinnerte ihn daran, daß zu jeder Zeit unvorhergesehen Katastrophen über ihn und seine Mitbürger hereinbrechen können, von denen die größte ein Krieg ist. Und schon sah sich der Beschauer riesigen Fotos gegenüber, die letzte handgeschriebene Meldung der Flak-Batterien an der Sparrenburg, und dann die aufrüttelnde Mahnung: Im ersten Weltkrieg wurden 5% der Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen, im zweiten schon 50%, und als weitere Mahnung ein Bild von der Atombombenexplosion von Hiroshima. Wenn dann die Frage sozusagen im Raume steht: Was tut der Staat, um uns vor solchem Unheil zu bewahren, was tut er, um künftigen Katastrophen, ob im Krieg oder Frieden, entgegenzutreten?, dann folgt eine Bildserie als Dokument der Friedens- und Verhandlungsbereitschaft, aber auch der Vorsorge, falls trotz aller Bemühungen um Frieden die Bundesrepublik gegen den eigenen Willen in eine kriegerische Auseinandersetzung hineingezogen werden sollte. Bilder aus der Lebensmittel- und Medikamentenbevorratung, aus der Ausbildung des Luftschutz-Hilfsdienstes, aus dem Warn- und Alarmdienst geben Einblick in bereits vollzogene Maßnahmen. Dann erfährt der Besucher, daß alles dies nur Stückwerk bleibt, wenn nicht der Selbstschutz der Bevölkerung zum eigentlichen Fundament des Zivilschutzes wird. Wie dieser Selbstschutz aussehen soll, sieht er dann auf seinem weiteren Gang durch die Ausstellung.

Ohne Zweifel, die modern und lebendig gestaltete Ausstellung versteht es, die Besucher zu fesseln, sie zu überzeugen oder mindestens zum Nachdenken anzuregen.

### Fahrzeuge und Ausrüstung

In weiteren Zelten hatten die Besucher Gelegenheit, sich durch Tonbildschauen und Filme zu informieren. Doch das große Gelände vor der Radrennbahn bot noch mehr. Die Stadt präsentierte ihre modernen Unfallrettungswagen, Feuerwehr- und Zivilschutzfahrzeuge. Das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfallhilfe, der Malteser-Hilfsdienst gaben in eigenen Zelten Einblick in ihre Tätigkeiten.

Das THW zeigte neben Kraftfahrzeugen für technische Geräte auch Wasseraufbereitungsanlagen, Notbrückenstege, Boote und Fähren. Der überörtliche LSHD stellte seine Fahrzeuge und Geräte vor.

Auf dem großen Übungsgelände fanden täglich Vorführungen durch Einheiten des Selbstschutzes und der übrigen Verbände statt, in denen die immer wieder zahlreich versammelten Zuschauer einen Einblick in die Aufgaben der verschiedenen Organisationen bekamen. Alle Vorführungen wurden über Lautsprecher kommentiert. Staunend über-

zeugten sich die Zuschauer von der Einsatzwirkung der Zivilschutzgeräte.

Auch Privatunternehmen beteiligten sich an den Demonstrationen. So fand auch diesmal wieder die Vorführung des Mehrzweckfahrzeuges „Kraka“ das besondere Interesse eines fachkundigen Publikums.

Der Andrang der Besucher steigerte sich von Tag zu Tag und fand seinen Höhepunkt am Sonntag, als nicht weniger als 15 000 Besucher gezählt werden konnten. An diesem Tag wurden die Zivilschutztage mit einer Großübung beschlossen.

Schon am Samstagmittag fuhren etwa 100 Kraftfahrzeuge der Hilfszugstaffel IV des DRK mit 500 Helferinnen und Helfern durch die Stadt in Richtung Ausstellungsgelände, wo der Bevölkerung Fahrzeuge und Geräte gezeigt wurden.

Unter der Annahme einer Überschwemmungskatastrophe lief dann bis zum Sonntag die große Übung. Trinkwasser- und Stromversorgung mußte gesichert werden, eine Lazarett Einheit baute Zelte mit 60 Betten auf, ein Operationszelt entstand, 6 Ärzte und viele Helferinnen übernahmen Versorgung und Betreuung der „Kranken und Verletzten“. Feldküchen sorgten für die Verpflegung.

### Reibungslose Organisation

Die präzise ablaufenden Aktionen der Staffel erweckten bei den Zuschauern den Eindruck eines echten Einsatzes. Vor allem die Helfer des Strahlenschutzes in ihren gelben Anzügen und weißen Gummistiefeln erregten Aufmerksamkeit. Bekanntlich werden diese auch bei Unfällen mit der in der Industrie immer häufiger angewandten Kernenergie eingesetzt.

Während der großen Abschlußübung rollte alles das noch einmal ab, was die teilnehmenden Organisationen an den vorhergehenden Tagen an Hilfeleistungen vorgeführt hatten, um gefährdetes Leben zu retten und zu schützen.

Auch jetzt waren es wieder die Hubschrauber-Einsätze, die großes Interesse fanden. Ein Arzt wurde aus der Luft abgesetzt, dann folgten auf demselben Weg Medikamente, Verletzte wurden aus unwegsamem Gelände abtransportiert.

Presse, Rundfunk und Fernsehen nahmen regen Anteil an dem Geschehen und unterstützten die Aktionen durch objektive Berichterstattung.

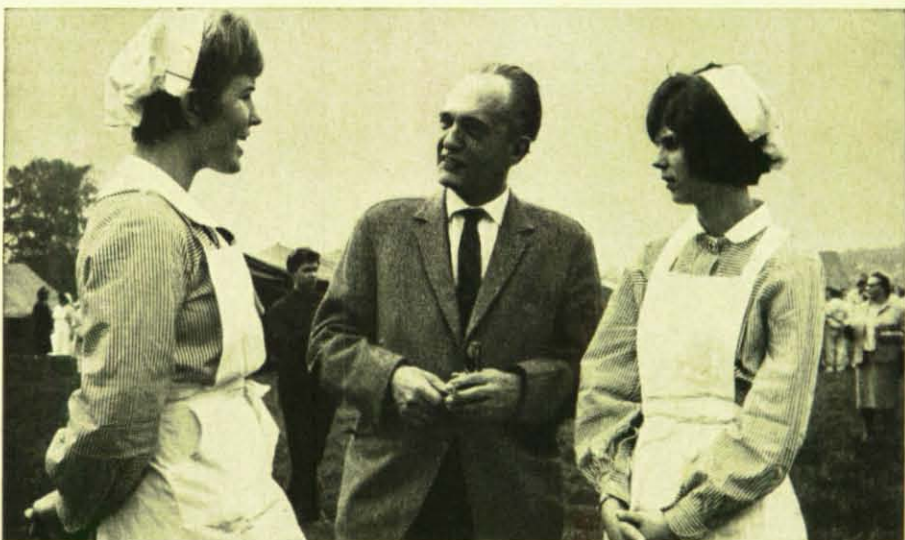
Die Vorträge, die sich mit den Themen „Industrie und Zivilverteidigung“, gehalten von E. Kohnert, BDI, sowie „Schutzbaugesetz und Bauplanung“, gehalten von Dipl.-Ing. Klingmüller, BzB, befaßten, fanden eine sehr interessierte Zuhörerschaft.

Während der Zivilschutztage meldeten sich 400 Freiwillige zur Mitarbeit. Das DRK konnte 150 Blutspender verzeichnen. Die Zahl der Besucher belief sich auf 25 000.

In seiner Schlußansprache bedankte sich der Präsident des BLSV, Oberstadtdirektor H. R. Kuhn, bei allen Mitwirkenden, die zum Gelingen der Zivilschutztage in Bielefeld beigetragen hatten. Die Zivilschutztage sind vorüber, doch weiterhin gilt ihr Motto: „Wer Hilfe erwartet, muß selbst zum Helfen bereit sein.“

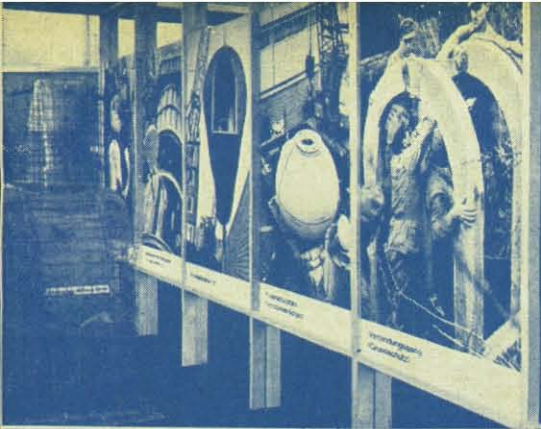


Oben rechts: Regierungspräsident Graumann während seines Vortrages anlässlich der Eröffnung der Zivilschutztage im Alten Theater in Bielefeld. Daneben: Der Einsatz der Sauerstofflanze war eine der Attraktionen, mit der die freiwilligen Hilfsverbände Einblicke in ihre Arbeit gaben. Damit zeigte das THW, wie Betonwände „aufgeschwächt“ werden können, um z. B. Rettungsmannschaften Gelegenheit zu geben, mit Verschlüßelten direkten Kontakt zu bekommen. Rechts und daneben: Ausgezeichnet war die Zusammenarbeit der verschiedenen Verbände, die vor vielen tausend Zuschauern täglich Hilfeleistungen aller Art demonstrierten.

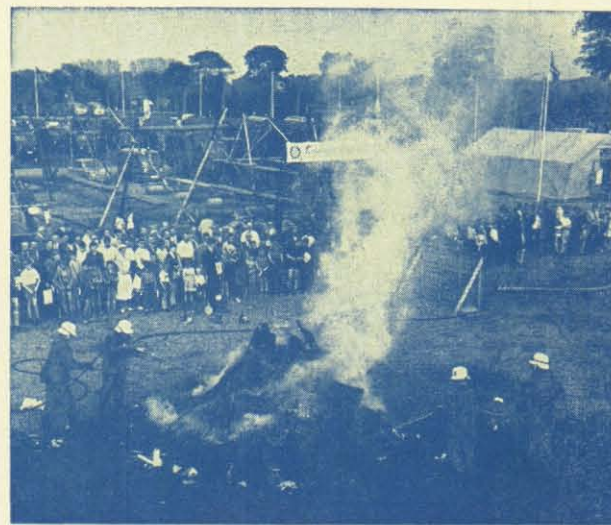


Oben: Oberstadtdirektor H. R. Kuhn, Präsident des Bundesluftschutzverbandes, im Gespräch mit Angehörigen des DRK. Daneben: In gelben Anzügen und weißen Gummistiefeln zeigte ein Strahlenmeßzug des DRK Methoden des Strahlenmessens und die vorschrittmäßige Kennzeichnung eines durch Strahlung gefährdeten Gebietes. Links: Die Veranstalter hatten zur Betreuung von Besuchern und Gästen Hostessen eingesetzt, die in charmanter Weise ihren Aufgaben nachkamen. Unser rechtes Bild zeigt eine Hostess des Bundesluftschutzverbandes bei der Verteilung von Informationsmaterial über den Zivilschutz.





Oben: Blick in die Ausstellung „Unser Zivilschutz“, die sich dem Besucher in Form von Bildtafeln, Modellen und Geräten darböt, aber auch praktische Ratschläge gab, wie das Bild (daneben) von der Lebensmittelbevorratung zeigt. Rechts und darunter: Beim Technischen Hilfswerk wird handwerkliche Praxis groß geschrieben.



Oben: Die Sparrenburg ist das Wahrzeichen Bielefelds. Rechts daneben: Die Besucher der Ausstellung bekamen wohl das umfang- und abwechslungsreichste Programm zu sehen, das je auf Veranstaltungen ähnlicher Art gezeigt werden konnte. Selbstschutzzüge gaben einen Beweis von der Wirksamkeit ihrer Geräte und vom hohen Ausbildungsstand der Helfer. Die Feuerwehr bewies ihr Können (darunter), Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes unterstützten die Arbeit der Verbände (rechts), Filmwagen des BLSV (darunter) unterstützten die Werbung durch ihren Einsatz auf öffentlichen Plätzen. An der großen Abschlussübung, Bild rechts zeigt einen Ausschnitt, beteiligten sich mehrere hundert freiwillige Helfer. Weitere Aufnahmen sehen Sie auf der letzten Seite.



**Zivilschutzwoche  
in einer  
Schweizer Sektion**



Von Herbert Alboth, Bern

# Schicksalsgemeinschaft in der Katastrophe

**D**ie Sektion Thun des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz, unterstützt von den Behörden, den Zivilschutzstellen, dem Schweizerischen Bund und dem Bundesamt für Zivilschutz im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, führte vom 27. März bis 4. April in Thun und in sechs benachbarten Gemeinden eine Zivilschutzwoche durch, die zu einem großen Erfolg wurde. Mit verhältnismäßig geringen finanziellen Mitteln wurde eine Welle nachhaltiger Zivilschutzaufklärung ausgelöst.

Bemerkenswert war die Unterstützung durch die Presse, die mit zahlreichen Artikeln und sogar mit Sonderseiten zwei Wochen lang über die Großveranstaltung und die einzelnen Punkte berichtete. Sie nahm auch über die Berichterstattung hinaus positiv zum Zivilschutz Stellung, ohne Anzeigen zu erhalten, denn hierfür waren keine Mit-

tel vorhanden. Es war eben das staatsbürgerliche Bewußtsein der Redakteure, die größtmögliche Unterstützung einer solchen der Gemeinschaft dienenden Aktion als selbstverständlich zu betrachten.

Besonders erfreulich war auch die Beteiligung der Geschäftswelt, die 150 Schaufenster in Thun und den umliegenden Gemeinden der Zivilschutzaufklärung zur Verfügung stellte. Es hätten viel mehr Schaufenster sein können, aber das Ausstellungsmaterial war begrenzt. In den Kinos der Stadt warben vorbereitend Dias für die Veranstaltung, und während der ZS-Woche selbst wurden im Vorprogramm — unentgeltlich für die Veranstalter — Kurzfilme über den Zivilschutz gezeigt. In Thun und den Gemeinden standen Zivilschutzeinrichtungen, wie Kommandoposten, Sanitätshilfsstellen und Obdachlosensam-

meltposten, der Besichtigung durch die Bevölkerung offen. Ein einheitliches Zeichen auf rotem Leuchtfarbenpapier mit dem Motto „Wir schützen uns und unser Haus“ klebte in einer großen Auflage an allen Schaufenstern und Anschlagflächen.

In der Stadt und in der Umgebung wurden in dieser Woche sieben Vortragsveranstaltungen mit Filmvorführungen durchgeführt, in denen Stadt- und Gemeindepräsidenten, Politiker und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für den Zivilschutz eintraten. Die Veranstaltungen wurden umrahmt durch die Vorträge der örtlichen Musikkorps, durch Männer- und Frauenchöre, Jodler- und Trachtengruppen. Überall war ein starker Besuch festzustellen. Die Luftschutztruppen der Armee erhielten am Abbruchobjekt einer Schloßruine Gelegenheit, ihr Können zu be-

ben: Einsatz der Kriegsfeuerwehren. Sie lösten die Hauswehren ab und löschten in kurzer Zeit einen Großbrand. Vorher war der Aufbau dieser Organisation erläutert worden. Rechts: Bei den Hauswehren von Thun wirkten auch Frauen mit.



Rechts: Einige Gemeinden erwarben für den Verpflichtungsdienst alte „Gulaschkanonen“ der Armee. Hier prüft die Vizepräsidentin des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz, Frau E. Peyer von Waldkirch (Schaffhausen), die Zubereitung der Mahlzeit. Daneben: Der Chef des Sanitätsdienstes erklärt Art der Verletzung und Erste Hilfe in einem solchen Falle.



weisen und zu zeigen, wie sie in Schwerpunkten von Katastrophen eingesetzt werden. In der Stadt und in den Gemeinden demonstrierten Hauswehren, Kriegsfeuerwehren, Sanitätsdienst und Obdachlosenhilfe Einsatzübungen. Die ganze Aktion stellte ganz allgemein den Selbstschutz der Bevölkerung in den Mittelpunkt. Eine attraktive Einlage bildete in mehreren Gemeinden am zweiten Samstag der ZS-Woche der Aufmarsch der Verpflegungsdienste. Hunderte von Portionen einer schmackhaften Fleischsuppe mit einem großen Brocken Siedfleisch, in der Schweizer Armee als „Suppe mit Spatz“ bekannt, wurden an die Bevölkerung ausgegeben. Vor Beginn der Zivilschutzwoche wurde allen Haushaltungen mit einem Aufruf, der vom Staatspräsidenten und von den Gemeindepräsidenten unterzeichnet war, ein Programm der Zivilschutzwoche zu-

gestellt, das zugleich praktische Hinweise für die Ausstattung von Schutzzräumen enthielt. Diese achtseitige Schrift hat 20 000 Haushaltungen erreicht. Im Verlauf der Woche gelangte eine Aufklärungsschrift von 20 Seiten zum Versand, die in Wort und Bild die Organisation des Zivilschutzes in Thun zum Inhalt hatte. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung über die bevorstehende Einreihung der Schutzpflichtigen, die Ausbildungskurse und Rapporte des laufenden Jahres orientiert. Der Veranstaltung, die am Samstagvormittag, 27. März, mit dem Aufheulen der Alarmsirenen und einem Empfang im Thuner Rathaus offiziell eröffnet wurde, war ein großer Erfolg beschieden. Aus allen Landesteilen erschienen Delegationen und Behördenvertreter, um Erfahrungen und Anregungen zu sammeln.

Im Rahmen der Bernischen Ausstellung in Bern vom 14. bis 23. Mai versuchte man, neue Wege der ZS-Aufklärung zu gehen. In einer realistisch aufgebauten Wohngemeinschaft aus neun Häusern mit 36 mitwirkenden Frauen, Männern und Kindern war täglich um 16.30 Uhr ein „Zivilschutzspiel“ zu sehen, welches das Leben dieser Gemeinschaft in Frieden und Krieg zeigte, ihre Vorbereitungen und den Einsatz im Ernstfall erläuterte. In den nach einer Bombardierung brennenden Häusern kamen die in dieser Wohngemeinschaft organisierten Hauswehren zum praktischen Einsatz. Nach der Demonstration, die rund 20 Minuten in Anspruch nahm, hatten die Zuschauer anschließend Gelegenheit, den Aufklärungsfilm des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz „Wir können uns schützen“ zu sehen.



Oben links: Frauen des Sanitätsdienstes leisteten Erste Hilfe und transportierten die Verletzten zu den Sanitätsposten. Darunter: Die ganze Stadt stand im Zeichen der Zivilschutzwoche. Die Geschäftsleute hatten insgesamt 150 Schaufenster zur Verfügung gestellt. Rechts oben: Die Dienste der Zivilbevölkerung stehen 3 Bataillone und 13 selbständige Kompanien der Luftschutztruppen. Sie demonstrierten an einem Nachmittag in einer Schloßbrunn ihre Einsatzmöglichkeiten.

# ZB Bild



Oben links: Heben eines gebrochenen Trägers unter Wasser mit Hilfe einer hydraulischen Presse. Mitte links: Erfreulich ist, daß besonders Jugendliche den Lehrgängen in Erster Hilfe zuströmen. Rechts: Blick in den Unterrichtsraum einer örtlichen Ausbildungsstätte des BLSV. Aktive Helfer werden in die Organisation des Selbstschutzes eingewiesen.



SELBSTSCHUTZ III

## SE-BEZIRK

Wohnzahl: 5000 Einwohner.

Leiter des Selbstschutzbezirks    3 Melder

Selbstschutzzug

 Zugführer

Kraftspritzerstaffel    Reinigungsstaffel    Leichterstaffel





Beide Bilder links und Bild unten: In allen Teilen der Bundesrepublik werden Katastrophenschutzübungen durchgeführt, die das Zusammenwirken der verschiedenen karitativen Verbände festigen sollen. Die Übungsanlage gestattet es, daß Brandschutz, Bergung und Erste Hilfe unter erschwerten Bedingungen praktiziert werden müssen und so ein zutreffendes Bild vom Stand der Ausbildung geben.



Links: Ein Schutzraum auf Rädern. Jede dieser Kugeln aus Stahlbeton kann bis zu zwölf Menschen aufnehmen. Das Innere ist mit Sitzen und Liegen ausgestattet. Dieser Schutzraumtyp eignet sich besonders für den Einbau im Garten dicht am Haus.



Für die Selbstschutzgemeinschaft sind Wassereimer und Einstellspritze die wichtigsten Waffen bei der Brandbekämpfung. Doch selbst die Eimerkette muß geübt werden, damit das Wasser schnell an die Brandstelle gelangt und wenig Wasser verschüttet wird.

# ABC-SCHUTZ IN BETRIEBEN

## FRAGEN DER PRAKTISCHEN DURCHFÜHRUNG LEBHAFT DISKUTIERT



Links außen und daneben: Werk-  
schutzleiter informierten sich. Mit  
der hier gezeigten für Ausbil-  
dungszwecke entwickelten Strah-  
lungs-Simulator-Anlage können  
Meß- und Einsatzübungen in si-  
mulierten Strahlenfeldern, deren  
Stärke beliebig zwischen 0,1 und  
100 „R/h“ gewählt werden kann,  
durchgeführt werden.



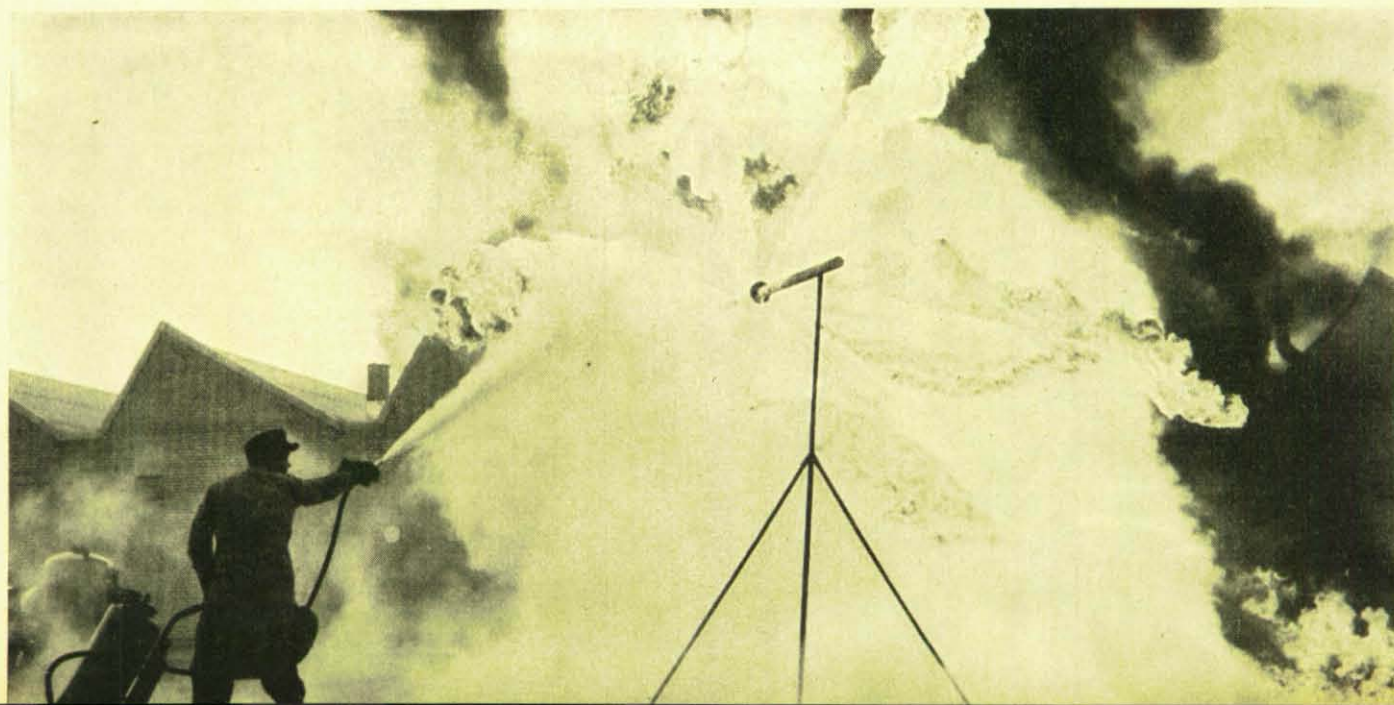
In Ladenburg, der alten nordbadischen Stadt am Neckar, fand Ende April eine Informationstagung statt über Fragen der praktischen Durchführung des ABC-Schutzes in Betrieben. Veranstalter waren drei namhafte deutsche Hersteller von Geräten und Ausrüstungsgegenständen für Feuer- und ABC-Schutz in Verbindung mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie und der Arbeitsgemeinschaft Badischer Sicherheitsbeauftragter. Die 47 Teilnehmer an der Tagung waren Vertreter von Ministerien und Behörden, von Instituten und bekannten Industriebetrieben sowie der Fachpresse.

Nicht das Für und Wider des Betriebs-selbstschutzes stand auf dieser Tagung zur Diskussion, sondern das Wie. Es ging um die Beantwortung der Fragen: Was kann heute schon auf diesem Gebiet getan werden? Welche Mittel stehen zur Verfügung? Welchen Stand hat die Schutz- und Abwehrgeräte herstellende Industrie erreicht? Welche zweckmäßigen Geräte gibt es? Wie sieht es aus mit der Aufstellung von Personal für den Werkselbstschutz und dessen Ausbildung?

Die ausgezeichneten Referate, die sich mit den gestellten Fragen eingehend befaßten, führten zu lebhaften Diskus-

sionen und einem fruchtbaren Aus-tausch von Erfahrungen zwischen Her-stellern von Zivilschutzgeräten und Praktikern aus den Betrieben.

Ausführlich kamen dabei auch die vom Bundesverband der Deutschen Indu-strie erarbeiteten und herausgegebenen „Empfehlungen“ zur Sprache, wobei be-sonderer Wert auf die Feststellung ge-legt wurde, daß es sich dabei zwar um eine auf Erfahrungen und Erkenntnis-sen aufgebaute Ausgangsbasis handele, daß es sich zu guter Letzt aber eben nur um Empfehlungen handele, die man je nach den Gegebenheiten des Werkes elastisch anwenden sollte. Für alle Be-



triebe der Industrie und der gewerblichen Wirtschaft, die sich schon jetzt, d. h., ohne die gesetzlichen Richtlinien abzuwarten, mit dem Problem organisatorisch, planerisch und praktisch befassen wollen, bildeten die „Empfehlungen“ eine ausgezeichnete Arbeits- und Diskussionsgrundlage.

### Belegschaft und Werk schützen

Immer wieder wurde betont, daß die Grundkonzeption aller Maßnahmen der Schutz der Menschen in den Betrieben sein müsse. Das in Vorbereitung befindliche Selbstschutzgesetz werde Industriebetrieben bestimmter Art und Größenordnung die Aufstellung von Werksschutzkräften vorschreiben. Darüber hinaus müsse es im ureigensten Interesse jedes Betriebes liegen, alles zu tun, um im Ernstfall Belegschaft und Werk so gut wie möglich schützen zu können. Alle Maßnahmen und Vorbereitungen hätten auch in Friedenszeiten bei Unglücken und Katastrophen ihren Wert. Doch sollte man gut organisierte und ausgerüstete Kräfte rechtzeitig aufstellen und nicht erst im Chaos.

Auf die Frage, nach welchen Gesichtspunkten man die zum Aufbau des Werksselbstschutzes benötigten Kräfte auswähle, räumte einer der Referenten mit den verschiedentlich noch immer falschen Vorstellungen auf, daß in einer solchen Organisation ältere Arbeitskräfte oder Invaliden ihren Platz finden könnten. Die schwierigen Aufgaben, die diese Kräfte im Ernstfall erwarten könnten, ließen nur die Verwendung körperlich völlig gesunder Menschen zu. Es sei ferner im Interesse des Betriebes, die Kräfte aus solchen Kreisen der Belegschaft auszuwählen, in denen eine Abwanderung so gut wie nicht vorkäme. Die Beschaffung der für den ABC-Schutz in den Betrieben erforderlichen Geräteausrüstung sowie die Ausbildung der Werksselbstschutzkräfte wurden eingehend diskutiert. Dabei kam es darauf an, aus Kostengründen die noch vertretbaren Maßnahmen und Wege zu finden.

Die Veranstalter gaben dann einen Überblick über die zum Zwecke des

Nachweises und der Messung radioaktiver Strahlung entwickelten Geräte. Da die Strahlenmeßaufgaben entsprechend den Gegebenheiten so vielfältiger Art sein können, sind natürlich auch die unterschiedlichsten Gerätetypen entwickelt worden. Die vorggeführten Geräte umfaßten sowohl die Geräte des persönlichen Schutzes, wie die Warngeräte und Dosimeter, als auch Geräte zur Feststellung und Messung von Strahlungsintensitäten für die verschiedensten Anwendungsfälle.

Besonderes Interesse fand auch die als Lehrmittel für Ausbildungszwecke entwickelte Strahlungs-Simulator-Anlage. Sie dient zur Übung im Umgang mit Strahlenmeßgeräten sowie zum Einsatztraining für taktische Strahlenmeßaufgaben. Hierbei können Meß- und Einsatzübungen in simulierten radioaktiven Strahlenfeldern, deren Stärke man zwischen 0,1 und 100 „R/h“ beliebig wählen kann, durchgeführt werden. Die Simulator-Anlage besteht aus einem Hochfrequenzsender, der Sendeantenne und einem oder mehreren Empfängern.

### Atem- und Körperschutzgeräte

Ebenso umfangreich wie das Gebiet der Strahlenschutzgeräte war auch das der Atem- und Körperschutzgeräte. Neben den verschiedenen Typen von Masken und Maskenfiltern wurden auch gasdichte Rauchschutzbrillen, Schutzhelme aus neuen Materialien, Feuerlöschdecken, Mund-zu-Mund-Beatmer, Raumfilter, Spezialbekleidung für Reaktorbetriebe, Hitzeschutzbekleidung und Spürstoffe für chemische Kampfstoffe gezeigt und in Aufbau und Wirkungsweise erläutert.

Für viele der Tagungsteilnehmer neu war dabei die Demonstration einer neuen sogenannten Einhand-Feuerlöschdecke, die es einer Person, deren Kleidung in Brand geraten ist, ohne fremde Hilfe ermöglicht, mit einem Griff einen Kastendeckel aufzureißen, die Decke herauszuziehen und sich dann darin einzurollen. Der Bereitschaftskasten dieser Einhand-Feuerlöschdecke besteht aus feuerwehrrrot lackiertem Eisenblech mit Deckel an stabilen Scharnieren. Der




Zum praktischen Teil der Tagung in Ladenburg gehörte auch das Aufspüren chemischer Kampfstoffe durch einen ABC-Trupp mit Hilfe von Spürstoffen (oben) sowie die Kennzeichnung des gefährdeten Geländes unter vorschriftsmäßigem Atem- und Körperschutz (links daneben). Welche Schlagkraft und Einsatzwirkung von Pulver-, Schaum- oder Kohlensäurelöschmittel haben können, wurde an verschiedenen Arten von Bränden ebenso demonstriert wie die Anwendung des modernen Leichtschäumlöschverfahrens. Unser Bild auf der linken Seite unten zeigt einen Ausschnitt aus dieser Vorführung.

## Schnell, sicher, mühelos helfen mit LUKAS



bei allen Arbeiten, die hohe Druck- oder Zugkraft erfordern. Universal-Hydro-Werkzeuge LUKAS in Leichtmetallausführung mit Druckkräften bis zu 200 t arbeiten mit 450 at Betriebsdruck. Deshalb sind sie klein, leicht und handlich.

Das Universal Hydro-Werkzeug LUKAS hat sich im Einsatz bei allen Arbeiten bewährt, für die hohe Druck- oder Zugkraft notwendig ist. Einige Anwendungsbeispiele: Abstützen von Trägern, Mauern usw.; Anheben von schweren Lasten; Aufgleisen von Schienenfahrzeugen; Biegen dickwandiger Rohre; Schieben, Ziehen und Heben von Brücken- oder Gebäudeteilen, Steinblöcken und allen anderen schweren Lasten s. Abb.

 **FRIESEKE & HOEPFNER GMBH**  
852 Erlangen-Bruck

Ober den Einsatz von LUKAS-Pressen im zivilen Bevölkerungsschutz und bei Katastrophen beraten wir Sie gern. Unser kostenloses, 120 Seiten starkes LUKAS-Handbuch gibt Ihnen wertvolle Anregungen. Bitte senden Sie uns den untenstehenden Gutschein.

### GUTSCHEIN FÜR LUKAS-HANDBUCH

NAME:

ZEICHEN:

ANSCHRIFT:

Kasten wird aufrecht an der Wand fest montiert. Die Reißleine der Decke ist durch Aussparungen an der rechten Seite des Kastens nach außen geführt und so schnell ergreifbar.

### ABC-Abwehr

Das Thema „Erkennung und Dekontamination von ABC-Kampfmitteln“ wurde mit der Vorführung eines Films eingeleitet, der die Anwendung eines Dekontaminationsverfahrens aus der Distanz zeigte. Der Film klärte die Zuschauer darüber auf, daß die einschlägige Industrie waschaktive Substanzen entwickelt hat, mit deren Hilfe es möglich ist, radioaktiv verseuchte Geräte, die den mit ihrer Benutzung Beauftragten einer Strahlenbelastung aussetzen würden, aus der Distanz, d. h. aus Entfernungen von fünf bis acht Metern, zu dekontaminieren. Wohlgermerkt, dabei handelt es sich nicht um eine Substanz, die in der Lage ist, die Radioaktivität zu zerstören, sondern um ein Schaumwaschmittel mit besonderem Oberflächenreinigungseffekt. Die radioaktiven Stoffe gehen dabei in das Abwasser

über. Die Diskussion um die in dem Film angegebenen wissenschaftlichen Werte muß selbstverständlich fachlichen Veröffentlichungen vorbehalten bleiben. Im Verlauf des Referats wurde den Tagungsteilnehmern eine Apotheke in Form eines Schrankes vorgestellt, die Spezialmittel zur Dekontamination von A-, B- und C-Kampfstoffen enthält.

### Nach der Theorie die Praxis

Den Abschluß der Tagung bildeten praktische Vorführungen. Dabei wurde der Einsatz eines ABC-Trupps in einem verstrahlten, vergifteten und verseuchten Werksgelände gezeigt. Zunächst wurde die Anwendung der schon beschriebenen Strahlungs-Simulator-Anlage gezeigt, wobei auch die Teilnehmer Gelegenheit hatten, praktisch mitzuarbeiten. Dann wurde der Einsatz von Spürmitteln und -geräten für chemische Kampfstoffe demonstriert. Es folgten die Kennzeichnung von verseuchtem oder verstrahltem Gebiet sowie Beispiele des Dekontaminierens.

Höhepunkt einer darauffolgenden Feuerlöschvorführung, bei der alle moder-

nen Löschmittel, wie sie heute von Betrieben benutzt werden, zur Anwendung kamen, war die Vorführung von Leichtschaum-Apparaturen. Es ist heute möglich, durch geeignete Mittel Wasser-Schaummittel-Lösungen sehr hoch zu verschäumen, um dadurch aus einem gegebenen Vorrat an Ursprungsgemisch außerordentlich große Mengen Schaumes herzustellen. Leichtschaum in den Verschäumungsstufen 1:100 bis 1:1000 wird seinen Hauptzweck darin haben, bestimmte Brandflächen oder in Brand stehende Räume schnell zu überfluten bzw. zu füllen, wobei das Ziel u. U. eine bloße Eindämmung und Lokalisierung bis zur endgültigen Ablösung des Brandes sein kann. Die Veranstalter zeigten bei dieser Gelegenheit, wie mit Hilfe dieser neuartigen Geräte eine hohe Baracke in wenigen Minuten bis unter die Decke völlig mit Leichtschaum gefüllt war.

Zum Schluß der Tagung drückten die Teilnehmer den Veranstaltern ihre Anerkennung über den gelungenen Verlauf aus und bestätigten, daß sie wertvolle Anregungen für die Arbeit in den Betrieben erhalten hätten. H. F.

## RADIOAKTIVITÄT WEITER ZURÜCKGEGANGEN

Im 4. Vierteljahr 1964 ging die künstliche Gesamt-Beta-Radioaktivität der Luft und der Niederschläge weiter zurück. Der Vierteljahresmittelwert für die Luft, berechnet aus den kontinuierlichen Messungen an den 11 Überwachungsstationen des Deutschen Wetterdienstes, betrug  $0,85 \text{ pCi/m}^3$ , das sind rund 50% des für das 3. Vierteljahr 1964 festgestellten Wertes. Als höchster Tagesmittelwert an einer Station wurden im Berichtszeitraum  $4,71 \text{ pCi/m}^3$  in Königstein (Taunus) gemessen.

Auch die im Mittel der 16 Niederschlagsüberwachungsstationen des Deutschen Wetterdienstes dem Erdboden zugeführte Gesamt-Beta-Aktivität erreichte mit  $15,4 \text{ mCi/km}^2$  nur knapp die Hälfte der im 3. Vierteljahr festgestellten Menge. Die bei dem chinesischen Kernwaffenversuch am 16. Oktober 1964 freigesetz-

ten radioaktiven Stoffe konnten auch in der Bundesrepublik Deutschland nachgewiesen werden. Gegen Ende Oktober stieg die künstliche Gesamt-Beta-Aktivität der bodennahen Luft vorübergehend etwas an. Außerdem wurden in dieser Zeit geringe Mengen von Jod 131 in Luft und Niederschlägen festgestellt.

Der Pegel der künstlichen Radioaktivität des Oberflächenwassers ist relativ niedrig und hat sich gegenüber dem 3. Vierteljahr nicht erkennbar verändert. Auch bei den Gewässerschlam-, Plankton- und Abwasserproben ist eine merkliche Veränderung der Aktivität nicht eingetreten. Die radioaktive Kontamination des Trinkwassers zeigte im 4. Vierteljahr 1964 ebenfalls keine nennenswerte Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr. Im Zisternenwasser sank die mittlere Strontium-

90-Aktivität etwas ab. Die Verunreinigung der pflanzlichen Lebensmittel mit langlebigen radioaktiven Stoffen geht mit zunehmendem Abstand von der Beendigung der Versuchsserien (Ende 1962) zurück.

Die erheblichen Schwankungen der radioaktiven Kontamination von Mehl gleichen Ausmahlungsgrades sind darauf zurückzuführen, daß Getreide aus unterschiedlich kontaminierten Ernten verarbeitet wird. Die Strontium-90- und Cäsium-137-Aktivität der Milch ist aus füttertechnischen und geographischen Gründen naturgemäß uneinheitlich. Es scheint sich aber auch hier eine Tendenz zur Abnahme der langlebigen künstlichen Radioaktivität anzubahnen.

Die Cäsium-137-Aktivität im menschlichen Körper hat von Oktober 1964 an geringfügig abgenommen. (BMwF)

# neue bücher:

## Allein gegen die Bombe?

Von Klaus Müller. Zivilschutzkorps und Zivilschutzdienst in der Bundesrepublik. Broschüre, 13,5 mal 21 cm, 64 Seiten, DM 3,80. Osang Verlag, 8 München 19, Böcklinstraße 28.

In fesselnder, aber jederzeit der dargestellten Materie verhafteter, prägnanter Weise schildert Klaus Müller, welche Fragen, Probleme, Planungen, Maßnahmen und Konsequenzen mit dem zur Verabschiedung anstehenden Gesetz über das Zivilschutzkorps und den Zivilschutzdienst zusammenhängen. Die Schrift will aber nicht nur umfassend informieren, sie will gleichzeitig — das spürt man sofort heraus, wenn man nur das erste Kapitel gelesen hat — an die Einsicht der Bundesbürger in die Notwendigkeit der Vorsorgeplanungen appellieren. Packend berichtet Klaus Müller über die Schrecken des Krieges, rüttelt er auf mit der Darstellung der Folgen eines Atombombenabwurfs; aber er stellt auch mit der gleichen Leidenschaftlichkeit fest, daß man sich schützen kann, wenn man nur will, wenn man bereit ist, mitzuarbeiten in den, wie er es nennt, „Linienbataillonen der Menschlichkeit“, also im Zivilschutzkorps und im Zivilschutzdienst. Der Pyramide des Schreckens stellt er die Pyramide des Helfens gegenüber, und man erkennt, daß nur umfassende Vorsorgemaßnahmen den Bürgern ein Gefühl der Geborgenheit geben können, Maßnahmen, die seine intensive Mitarbeit erfordern. Für den, der zur Aufklärung der Bevölkerung noch mehr zündende Argumente braucht, für den Helfer also, ist die Schrift eine gute Unterlage, ein guter Begleiter und Ratgeber bei der täglichen Arbeit.

## Zivilschutz und Zivilverteidigung

### Handbücherei für die Praxis

Herausgegeben von Dr. Hanns E. Hieronymus, Hans Günther Merk und Dr.-Ing. Rudolf Michel. Fortsetzungswerk in Loseblatt- und Broschürenform, Preis des Grundwerks: DM 26,—. Osang Verlag, 8 München 19, Böcklinstraße 28.

Das erst in vier von 15 geplanten Einzelausgaben vorliegende Sammelwerk will eine zusammenfassende und klärende Übersicht über den Komplex Zivilschutz und Zivilverteidigung schaffen. Einmal bedient es sich dazu der bereits für Gesetzes-sammlungen aller Art bewährten Loseblattform, zum anderen — und das dürfte neu an dieser Art von Publikationen sein — faßt es einzelne Gebiete zu Broschüren zusammen, für die dann allerdings auch die ordnende Sammelmappe zu haben ist. Bisher erschienen die Hefte A 1 (Allgemeine Grundlagen des Zivilschutzes, Teil 1), A 2 (Allgemeine Grundlagen, Teil 2), E (Selbstschutz) und F (Hilfsdienste), diesen Heften entsprechend auch die Loseblatt-Sammlungen. Jedes dieser Hefte enthält für seinen Bereich eine Sammlung der geltenden Gesetze, Verordnungen und Vorschriften, die verständlich erläutert werden, so daß sie vor allem von dem Praktiker verstanden und angewendet werden können. Man hat das Gefühl, einen vielseitigen Helfer und Ratgeber in der Hand zu haben. Fachleute der Bundesministerien des Innern, für Gesundheit und des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz sind die Herausgeber und die Mitarbeiter. Die einzelnen Hefte fallen auf durch übersichtliche Gliederung und ein reichhaltiges Stichwortregister, das ein schnelles Nachschlagen ermöglicht. Als weitere Ausgaben sind geplant: A 3 (Allgemeine Grundlagen, Bibliographie), B (Warn- und Alarmdienst), C (Aufenthaltsregelung), D (Baulicher Zivilschutz), G (Schutz von Kulturgut), H (Gesundheitswesen), I (Notstandsrecht), K (Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung), L (Materielles Leistungsrecht), M (Personelles Leistungsrecht) und N (Sicherstellung der lebenswichtigen Versorgung). Die Herausgeber wollen unter allen Umständen, so versichern sie, das Sammelwerk immer auf dem neuesten Stand halten.

## Die Werkfeuerwehr

Taschenbuch für betrieblichen Brandschutz, Rettungswesen, Katastropheneinsatz, Werk- und Betriebselbstschutz und Erste Hilfe, 1965, Taschenformat, 360 Seiten, DM 3,50. Franz Kuhl-Verlag, 5331 Heisterbacherrott, Birkenweg 12.

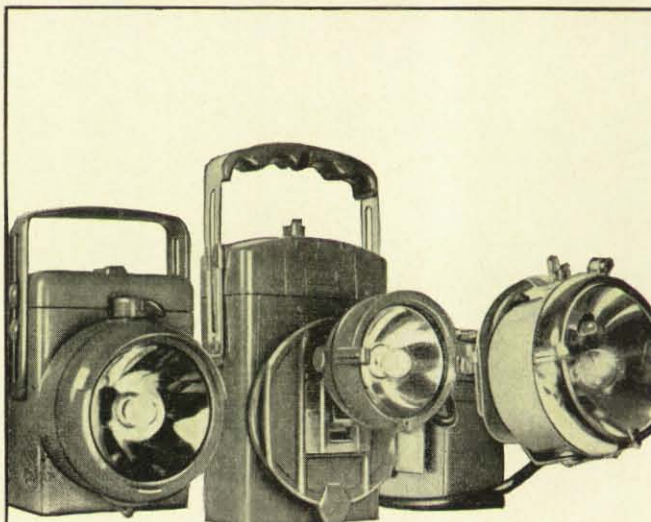
Neben einem Kalendarium enthält dieses Taschenbuch interessante Beiträge für Werk- und Betriebsfeuerwehren, Empfehlungen des BDI für die zivile Verteidigungsbereitschaft, Anschriften wichtiger Behörden und Verbände sowie einen umfassenden Überblick über moderne Geräte und Ausrüstungsgegenstände für Brandschutz, Rettung, Erste Hilfe und Strahlenschutz. In einem geschlossenen Wirtschaftsteil stellen viele Hersteller in Wort und Bild ihre Produkte vor.



# DOMINIT



## Licht im Dienste der Sicherheit



TKB Nr.:  
BzB 81-18-05/42

TKB Nr.:  
BzB 81-18-05/43

TKB Nr.:  
BzB 81-18-05/44

## Sicherheitsleuchten für den Zivilen Bevölkerungsschutz

entwickelt in Zusammenarbeit mit dem BzB und BLSV

Handleuchte  
H 225

Kopf-Handleuchte  
K 201

Handscheinwerfer  
W 250

Stabiles, korrosionsfestes Kunststoffgehäuse, besonders leicht. Entspricht den technischen Lieferbedingungen VTL 2502, festem Kunststoff.

Als Kopf-, Hand- oder Signalblinkleuchte verwendbar. Gehäuse und Leuchtenkopf aus stabilem, korrosions-

100 mm Lichtaustritt, 120 m Leuchtweite. Gehäuse und Leuchtenkopf aus hochwertigem Stahlblech.

### Automatische Ladegeräte

zum Wiederaufladen von Stahl-Akkumulatoren für DOMINIT-Leuchten.

### Automatische Notbeleuchtungen

die sich bei Ausfall der Netzspannung selbsttätig einschalten und bei Spannungsrückkehr wieder ausschalten.



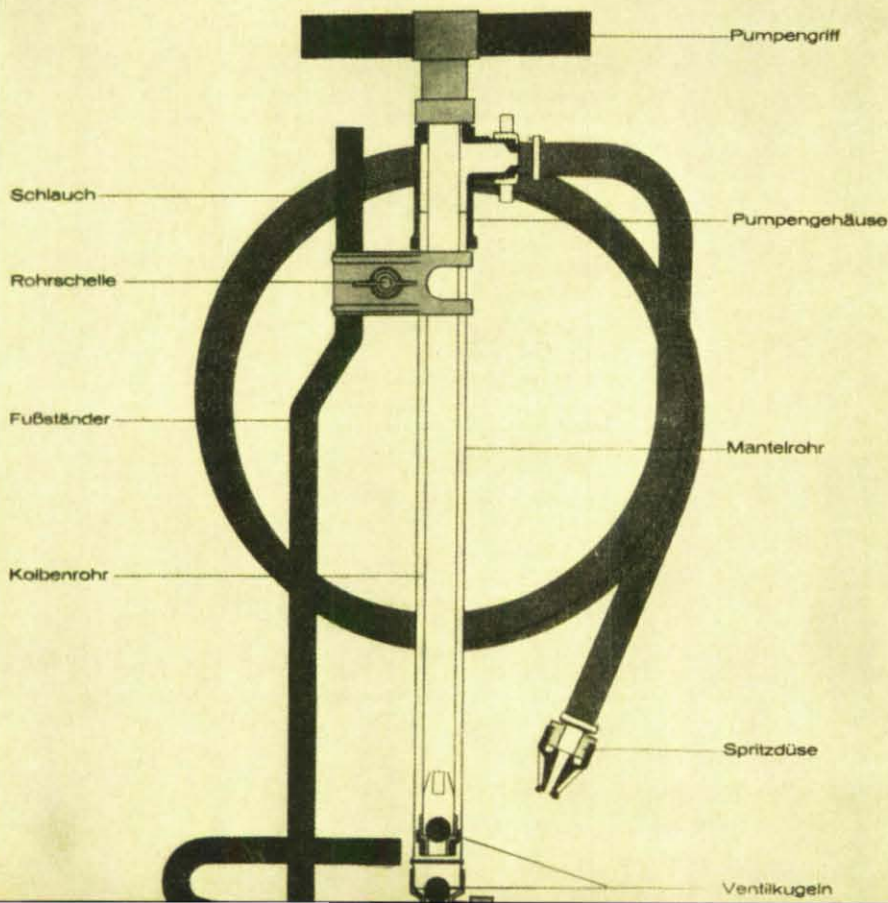
L 652

Weitere Informationen durch  
**Dominitwerke GmbH Brilon**  
**5798 Hoppecke Krs. Brilon**

# Die



## Einstellspritze ES DIN 14407



**D**ie Einstellspritze ist das wichtigste Kleinlöschgerät für das Wohnhaus. Sie besteht aus der Pumpe, dem Rohrgerüst und dem Schlauch mit Mundstück.

Im Löschbereich der durch drei Personen zu bedienenden Einstellspritze liegen Entstehungs- und Kleinbrände.

Die Bedienungsmannschaft wird wie folgt eingeteilt:

Nr. 1 trägt die Einstellspritze mittels einer Leine auf dem Rücken, er bedient das Mundstück im Einsatz;

Nr. 2 trägt eine Axt auf dem Rücken und zwei volle Wassereimer in den Händen, er bedient das Pumpwerk im Einsatz;

Nr. 3 trägt die Leine auf dem Rücken, zwei volle Wassereimer in den Händen, er sichert zunächst Nr. 1 beim Vorgehen und sorgt dann für Wassernachschub.

Die Bedienungsmannschaft führt also 40 l Wasser, die zu einer Löszeit von 4 Minuten ausreichen, mit.

Die Einstellspritze ist eine handbetätigte, doppelwirkende Kolbenpumpe. Zur Entnahme von Löschwasser wird sie in einen Eimer gestellt, der Pumpende stellt einen Fuß auf die Krümmung des Rohrgerüsts.

Bei etwa 50 Pumpenhüben durch Heben und Niederdrücken des Kolbenrohres werden je Minute etwa 10 l Wasser durch den 5 m langen Schlauch und die Mundstücksöffnung (3,5 mm Ø) 12 bis 14 m weit gespritzt.

Durch einfaches Davorhalten eines Fingers vor die Mundstücksöffnung läßt sich ein Sprühstrahl erzielen.

Die Einstellspritze kann auch durch einen zweiten, am Saugkrümmer anzuschraubenden Schlauch zur Wasserentnahme aus tiefer liegenden Entnahmestellen — bis zu 5 m — verwendet werden. Zuvor ist jedoch die Siebkappe mit dem Sieb am Saugkrümmer der Einstellspritze abzuschrauben, sie kann am Ende des Saugschlauches angeschraubt werden.

Die Einstellspritze ist bequem und ohne übermäßige Kraftanstrengung bedienbar. Gut gepflegt und stets einsatzbereit aufbewahrt, stellt sie auch zur Brandbekämpfung im Frieden ein wertvolles Kleinlöschgerät dar.

Nach jedem Gebrauch ist die Einstellspritze gut mit reinem Wasser durchzuspülen, zu trocknen und dann die Kolbenstange leicht einzufetten.

Der Schlauch ist völlig zu entleeren, zu trocknen und in möglichst große Buchten gerollt an kühler, aber frostfreier Stelle mit der Einstellspritze zu lagern.

(Diese Angaben entstammen dem Merkblatt des Bundesluftschutzverbandes Nr. VIII/9)

# Einstellspritze



Linke Seite: Die Einstellspritze in Betrieb und als Schnittzeichnung. Mit ihrer Hilfe wurde im letzten Krieg manch ein Entstehungsbrand gelöscht. Auch bei Funkenflug und den Auswirkungen der Hitzestrahlung hat sie oft wertvolle Dienste geleistet. Oben: Hier wird gezeigt, wie leicht es ist, das handliche Gerät richtig zu bedienen.



Und so wird's gemacht! Einer betätigt die Kolbenpumpe, ein zweiter Helfer bedient das Mundstück und der dritte sorgt für Wassernachschub. Jede Minute werden etwa 10 Liter Wasser verbraucht.



## Für Selbstschutz, zivilen Bevölkerungsschutz und Katastropheneinsatz

liefern wir Dosisleistungsmesser nach B.z.B.-Vorschrift und StAN:

- Dosisleistungsmesser mit kleinem Zubehör
- Dosisleistungsmesser mit großem Zubehör.

Besuchen Sie uns, INTERKAMA, Düsseldorf, Halle F 1, Stand 6115 (13. - 19.10.65)

GRAETZ RAYTRONIK-GmbH, 599 Altena, Tel.: 821 Verm., FS.: 08229352

# Ein Fachzentrum für Zivilschutz



**D**ie Bauschau Bonn hatte einen großen Tag. Nicht weniger als 260 Gäste, alles Vertreter von Ministerien, Bundesdienststellen, Fachverbänden, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Fernsehen und Presse, darunter auch Gäste aus dem Ausland, nahmen an der Eröffnung einer Dauerausstellung mit dem Thema „Schutzraumbauten“ teil. Bei dieser Gelegenheit wurden acht funktionell eingebaute Schutzraumtypen vorgestellt. Dabei handelt es sich zum Teil um absolute Fertigbauwerke in Kugel-, Birnen- oder Röhrenform, zum Teil um Schutzbauten aus Fertigteilen, die auf der Baustelle zusammengefügt werden.

Wie der Direktor der Bauschau Bonn, Fleger, ausführte, soll diese ständige Ausstellung, die außer den Schutzbau-

ten auch alle anderen Geräte und Ausrüstungsgegenstände zeigt, die im Zivilschutz unentbehrlich sind, Bauherren, Ingenieuren, Statikern und Architekten, darüber hinaus aber auch allen anderen Bevölkerungskreisen eine Antwort auf das „Wie“ des Zivilschutzes geben.

Alle hier gezeigten Typen sind in erster Linie für den Wohnungsbau und den betrieblichen Selbstschutz geeignet. Das Fassungsvermögen liegt pro Schutzbau zwischen acht und zehn Personen, jedoch könnten einige Systeme so konstruiert werden, daß bis zu 50 Personen Platz finden.

Der Schutzzumfang liegt je nach Typ zwischen Druckresistenzen von 0,3 bis 9 atü. Darüber hinaus schützen diese Bauten auch gegen radioaktive Strahlung.



Links oben: Dipl.-Ing. Ministerialrat Erhard Schmitt, Bundesministerium des Innern, während seiner Ansprache. Darunter: Ltd. Reg.-Dir. W. Fritze, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des BLSV (links), im Gespräch mit dem Direktor der Bauschau Bonn, Fleger. Oben: Fachleute diskutieren. V. l. n. r.: Ministerialrat Ruyters, Holland; Oberregierungsbaurat Klingmüller, BzB; E. Oehme, Referent für Bau und Technik im BLSV; Direktor Fleger; Ministerialrat Schmitt.



## ENTSALZUNG VON MEERWASSER DURCH KERNENERGIE

chemische Kampfstoffe und biologische Kampfmittel. Eingebaute Luftfilter, die elektrisch arbeiten oder auch von Hand bedient werden können, reinigen die Atemluft.

Die Kosten solcher Schutzbauten weichen je nach Schutzgrad, Belegungszahl oder Ausstattung stark voneinander ab und liegen zwischen 500 DM und 2500 DM pro Schutzplatz. Die Vertreter des Bundesministeriums des Innern, des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, des Bundesluftschutzverbandes, der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages lobten in ihren Ansprachen die ausgezeichnete Zusammenarbeit von Behörden, Verbänden, Industrie und Bauschau Bonn. Erst dadurch sei es möglich gewesen, ein Fachzentrum des Zivilschutz-

zes zu schaffen, das heute in solcher Zusammenballung einmalig in Europa ist. Besonderer Dank gebühre dabei der Industrie, die schon große Summen für Entwicklungsarbeiten ausgegeben habe, auch ohne daß die gesetzlichen Grundlagen für den Zivilschutz bestünden.

Am Eröffnungstage, jedoch außerhalb des offiziellen Empfanges, hatte auch der Innenausschuß des Deutschen Bundestages eine Besichtigung der Ausstellung durchgeführt. Der Vorsitzende des Innenausschusses, Schmitt-Vockenhausen, empfahl bei dieser Gelegenheit die baldige Inangriffnahme der von der Bauschau Bonn geplanten Schutzraum-Belegungsversuche. Diese sollen in enger Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz und dem Bundesluftschutzverband veranstaltet werden.

H. F.



Auch der Innenausschuß des Deutschen Bundestages stattete dem Fachzentrum für Zivilschutz in der Bauschau Bonn einen Besuch ab. Der Vorsitzende des Innenausschusses, Schmitt-Vockenhausen (rechts im Bild), wünschte bei dieser Gelegenheit die baldige Inangriffnahme der von der Bauschau Bonn geplanten Schutzraumbelegungsversuche.

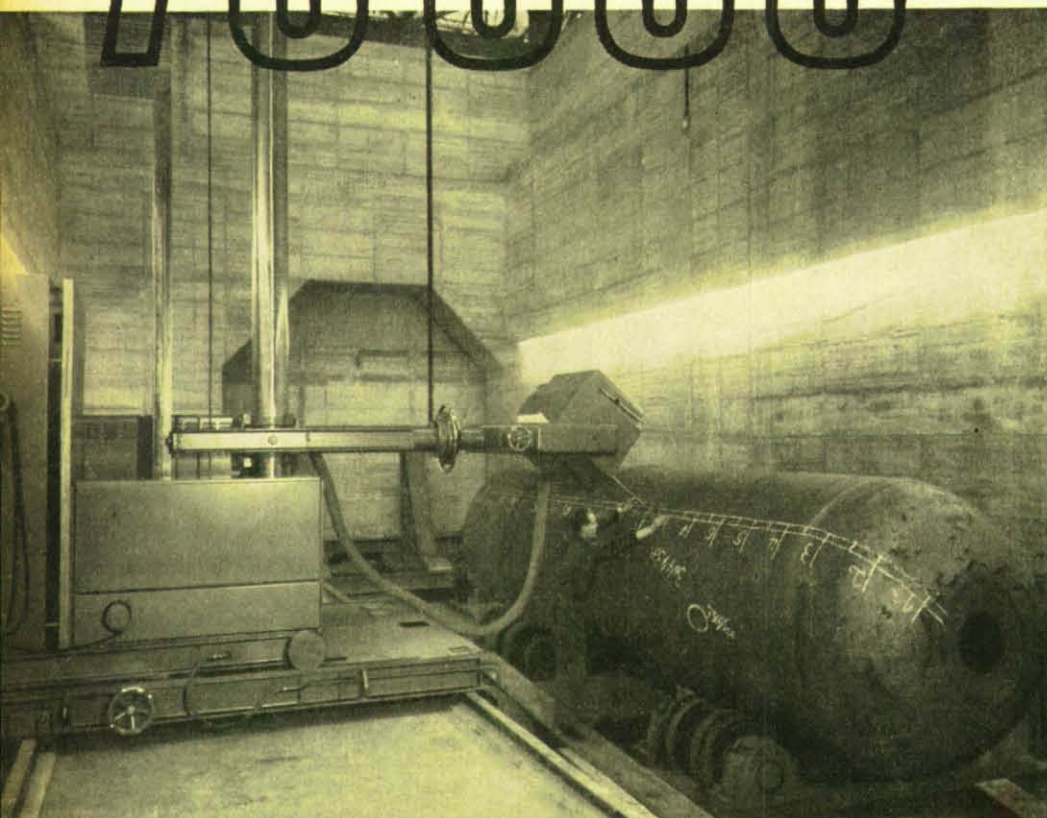
**G**ute Zukunftsaussichten für die Verwendung der Kernenergie zur Entsalzung von Meerwasser geben mehrere Berichte und Untersuchungen, mit denen sich eine Sachverständigengruppe der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) vom 5. bis zum 9. April 1965 in Wien befaßte. An der Tagung nahmen Vertreter von 16 Staaten teil. Die Sachverständigen kamen zu der Ansicht, daß „das in letzter Zeit entstandene Interesse an der Entsalzung von Meerwasser und die Urteile über die Möglichkeiten der Kernenergie auf diesem Anwendungsgebiet die Ausarbeitung eines ständigen Arbeitsprogramms in diesem Bereich der Kernenergietechnik rechtfertigen“.

Vier Sachverständigentagungen über dieses Thema hat die IAEO bereits veranstaltet. In der ersten — im März 1963 — wurde die Möglichkeit besprochen, Kernreaktoren zur Meerwasserentsalzung heranzuziehen. Die zweite dieser Tagungen hatte Entsalzungsverfahren, bei denen Atomanlagen verwendbar wären, und die Vor- und Nachteile von Mehrzweckanlagen (die Elektrizität und Wasser erzeugen) bzw. Einzweckanlagen zum Gegenstand. Die dritte war in erster Linie den technischen und wirtschaftlichen Aspekten von Mehrzweckanlagen gewidmet. Bei der vierten handelte es sich um eine kurze Tagung allgemeiner Natur.

Auf der jüngsten Tagung gelangte die Arbeitsgruppe von allgemeinen Beratungen zur Besprechung bestimmter Fälle. Mehrere Staaten brachten eingehende Beschreibungen von Bedingungen, unter denen eine Wasserentsalzung mit Kernenergie aussichtsreich erscheint. Die Studiengruppe empfahl, die IAEO möge einen Bericht über die verschiedenen Verfahren zur Berechnung der Kosten für Wasserentsalzung mit Kernenergie einschließlich der Methoden zur Schätzung der gesamten Kapitalkosten und der jährlichen Betriebskosten sowie über die Wirkungen ausarbeiten, welche die Anwendung verschiedener Verfahren bei der Aufteilung der Kosten zwischen Wasser und Energie nach sich zieht. Sie war ferner der Ansicht, daß die IAEO laufend Kernreaktortypen und ihre Verwendung zur Entsalzung unter verschiedenen Bedingungen studieren solle. Insbesondere solle sie sich mit Destillationsverfahren zur Erzeugung von Süßwasser befassen, da diese unter den in Frage kommenden Methoden bei einer Verwendung in Verbindung mit Kernenergie unmittelbar gesehen die besten Aussichten zu bieten schienen. Die IAEO müsse ferner auf Wunsch Einzelbegutachtungen für bestimmte Standorte vornehmen. Diese Untersuchungen wären auch zur Beurteilung anderer Fälle nützlich.

(BMwF)

# 70000



## PERSONEN ARBEITEN MIT STRAHLEN IN DER BUNDESREPUBLIK

**E**s gibt keinen Anlaß, eine ungewöhnliche Strahlenbelastung zu befürchten. Die normale friedliche Nutzung der Atomkernenergie und der radioaktiven Stoffe in Technik, Landwirtschaft, Wissenschaft und Medizin ruft keinerlei bedenkliche Erhöhung der natürlichen Umweltstrahlung hervor. Mit dieser Feststellung eröffnete der Vorsitzende des Arbeitskreises „Öffentlichkeitsarbeit und Presse“, L. Memmel, MdB, eine Presse-Informationstagung, die das Deutsche Atomforum (DATF) am 24. März in der „Gesellschaft für Strahlenforschung“ in Neuherberg bei München durchführte. Er wies auf den kürzlich veröffentlichten Bericht des „Sonderausschusses Radioaktivität“ hin, der eine Bewertung der Forschungsergebnisse bietet. L. Memmel erklärte u. a.: „Die Erkenntnisse der Wissenschaft versetzen uns in die Lage, ihnen unsere Vorschriften anzupassen. Aus diesem Grunde ist eine ständige Überprüfung der Strahlenschutz-Vorschriften erforderlich, um die Anwendung der Atomkernenergie zu erleichtern, ohne dabei die Gebote der Sicherheit zu verletzen.“ Wie der Leiter des Instituts für Strahlenschutz in Neuherberg, Prof. Wachsmann, mitteilte, arbeiten in der Bundesrepublik 20 000 Menschen mit radioaktiven Stoffen; 50 000 sind im Bereich der Anwendung von Röntgenstrahlen tätig. Sie werden ständig kontrolliert. Wenn auch beobachtet wurde, daß vor allem ältere Beschäftigte im Umgang mit strahlenden Substanzen sorgloser sind als junge Menschen, so hat sich bei uns weder ein ernster Strahlenunfall ereignet, noch sind schwere gesundheitliche Schädigungen eingetreten. Die fortwährende Überwachung der beruflich mit Strahlen umgehenden Personen hat, wie Prof. Wachsmann in diesem Zusammenhang hervorhob, eine erzieherische Wirkung. Verletzungen der Vorschriften sind kaum noch zu beobachten. Die Kontroll-Technik ist inzwischen auf manchen Gebieten so verfeinert worden, daß z. B. Dosimeter in der Form eines Fingerringes getragen werden können.

Auf der Informationstagung des DATF wurde auch zu dem Gerücht Stellung genommen, daß die Strahlung aus Fernsehrohren schädlich sei. Die Physiker und Ärzte des Instituts für Strahlenschutz haben feststellen können, daß an den Fernsehschirmen eine Radioaktivität gemessen wurde, die nur etwa ein Zehntausendstel der natürlichen Umweltstrahlung ausmacht und damit völlig ungefährlich ist. Nur mit den empfindlichsten Meßgeräten ist es möglich, diese Strahlung überhaupt zu registrieren. Schuhdurchleuchtungsgeräte dagegen werden von den Wissenschaftlern

abgelehnt. Sie können zu einer beträchtlichen Strahlenbelastung führen.

In Neuherberg wurde auch der wirtschaftliche Nutzen bei der Anwendung radioaktiver Stoffe behandelt. So zählt zu der klassischen Anwendung strahlender Substanzen in der Technik das Messen und Regeln des Flächengewichts und der Dicke etwa von Papier, Pappe, Kunststoff, Gummi sowie kalt und warm gewalzten Metallbändern. Jede dieser Meß- und Regelanlagen erspart ihrem Besitzer jährlich etwa 60 000 DM an Rohstoff und Ausschuß. Diese Einrichtungen amortisieren sich meistens schon innerhalb eines Jahres. Ihre überzeugenden Vorteile führten dazu, daß in der Bundesrepublik bisher über 1500 derartige Anlagen in Betrieb genommen wurden.

Die Presse-Informationstagung schloß mit einer vom wissenschaftlichen Geschäftsführer der Gesellschaft für Strahlenforschung, Dr. Wittenzellner, geleiteten Diskussion zum Film über den Unfall des amerikanischen (militärischen) Atomreaktors SL-1 in Idaho am 3. Januar 1961. Dabei wurde bekanntgegeben, daß bisher, also seit 1945, in der Welt etwa 60 Unfälle und größere Betriebsstörungen an kerntechnischen Anlagen bekanntgeworden sind. 30 davon hatten keine wesentlichen Folgen. Bei 17 Unfällen traten erhebliche Sachschäden auf, 13 führten zu Personenschäden mit insgesamt 7 Todesfällen und 8 zu einer Kontamination. Diese Unfallquote gilt als ein Beweis für den im Verhältnis zu anderen Industriezweigen sehr sicheren Betrieb von kerntechnischen Anlagen.

Bei dem zum Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein gehörenden Landesamt Aufstellungsstab für den überörtlichen Luftschutzhilfsdienst Schleswig-Holstein in Kiel ist die Stelle eines

## Fachdienstleiters

(Dezernenten)

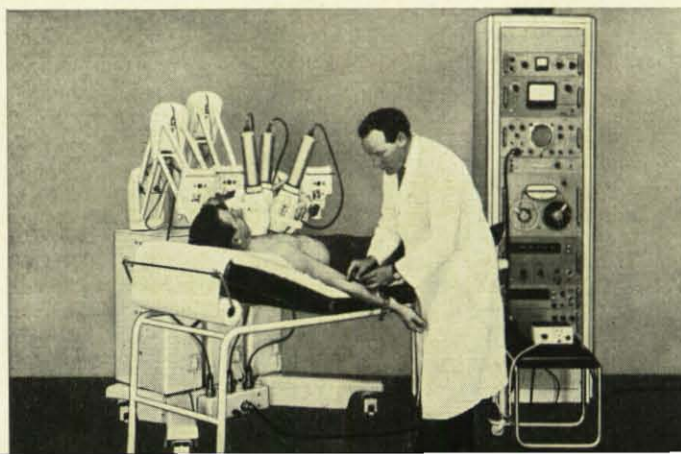
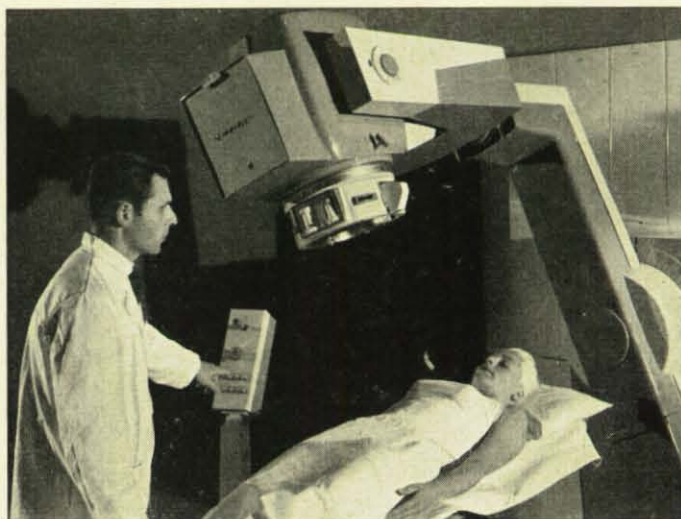
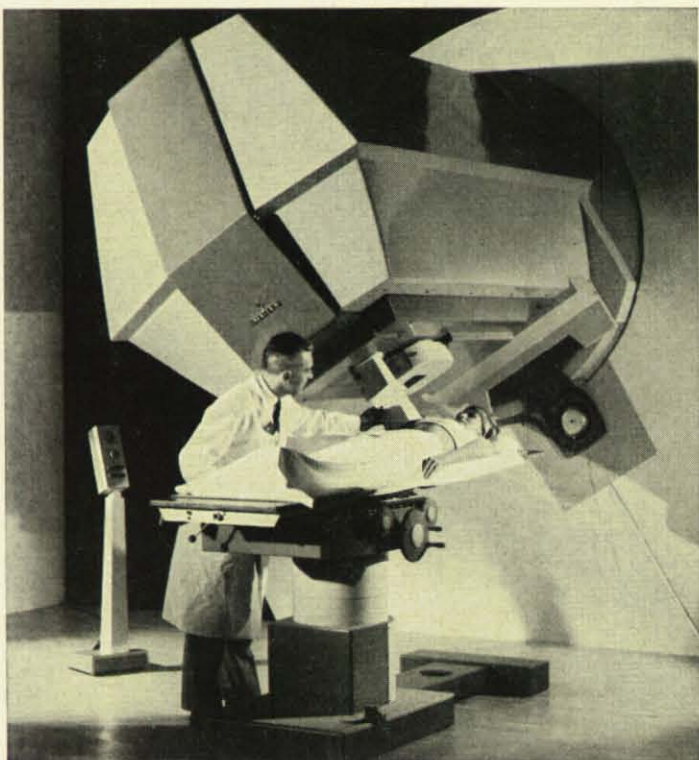
zu besetzen. Zu seinen Aufgaben gehört die Aufstellung des LS-Sanitäts- und LS-Fernmeldedienstes.

Die Vergütung erfolgt nach Gruppe III BAT, Ortsklasse S. Trennungsentschädigung, Umzugskostenentschädigung usw. werden im Rahmen der geltenden Bestimmungen gewährt.

Gesucht wird eine kontaktfreudige, einsatzbereite Persönlichkeit, die über überdurchschnittliche organisatorische Befähigungen verfügt. Bevorzugt werden Bewerber, die bereits auf dem Gebiete des Zivilschutzes Erfahrungen gesammelt haben und tätig gewesen sind. Der Bewerber muß Verständnis für die Zusammenarbeit und den Umgang mit den freiwilligen Helfern des LSHD haben.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild und beglaubigten Zeugnisabschriften werden binnen eines Monats erbeten an:

DER INNENMINISTER  
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN  
Personalreferat  
23 Kiel  
Düsternbrooker Weg 70/90



Oben: 42 MeV-Betatron für die Bestrahlung von Geschwulstkrankheiten mit energiereichen Elektronen- und ultraharter Gammastrahlung. Rechts oben: Gammatron für die Bestrahlung von Geschwulstkrankheiten mit Kobalt 60. Rechts: Herz- und Kreislaufuntersuchungen durch Anwendung ionisierender Strahlung. Gegenüberliegende Seite: 15 MeV-Betatron zur störungsfreien Werkstoffprüfung mit energiereichen Elektronen- und ultraharter Gammastrahlung.

# Realisierbare

Die voraussichtliche Entwicklung der Kerntechnik in den nächsten 15 Jahren

**I**n dem folgenden Artikel erörtert Dr. Glenn T. Seaborg, der Vorsitzende der amerikanischen Atomenergie-Kommission (AEC), neue und erweiterte Möglichkeiten zur Anwendung der Kernenergie. Bis zu seiner Berufung in die AEC war der Verfasser, dem 1951 für die Entdeckung und Darstellung sogenannter synthetischer Elemente (Transurane) der Nobelpreis für Chemie zuerkannt wurde, an der Universität Kalifornien tätig.

★  
Die Möglichkeiten zur Nutzbarmachung der Kernkraft als Energiequelle sind mit dem Bau von Atomkraftwerken und Schiffsreaktoren noch längst nicht ausgeschöpft. Ein Hauptfaktor in dieser optimistischen Beurteilung ist vor allem die Tatsache, daß die technische Be-

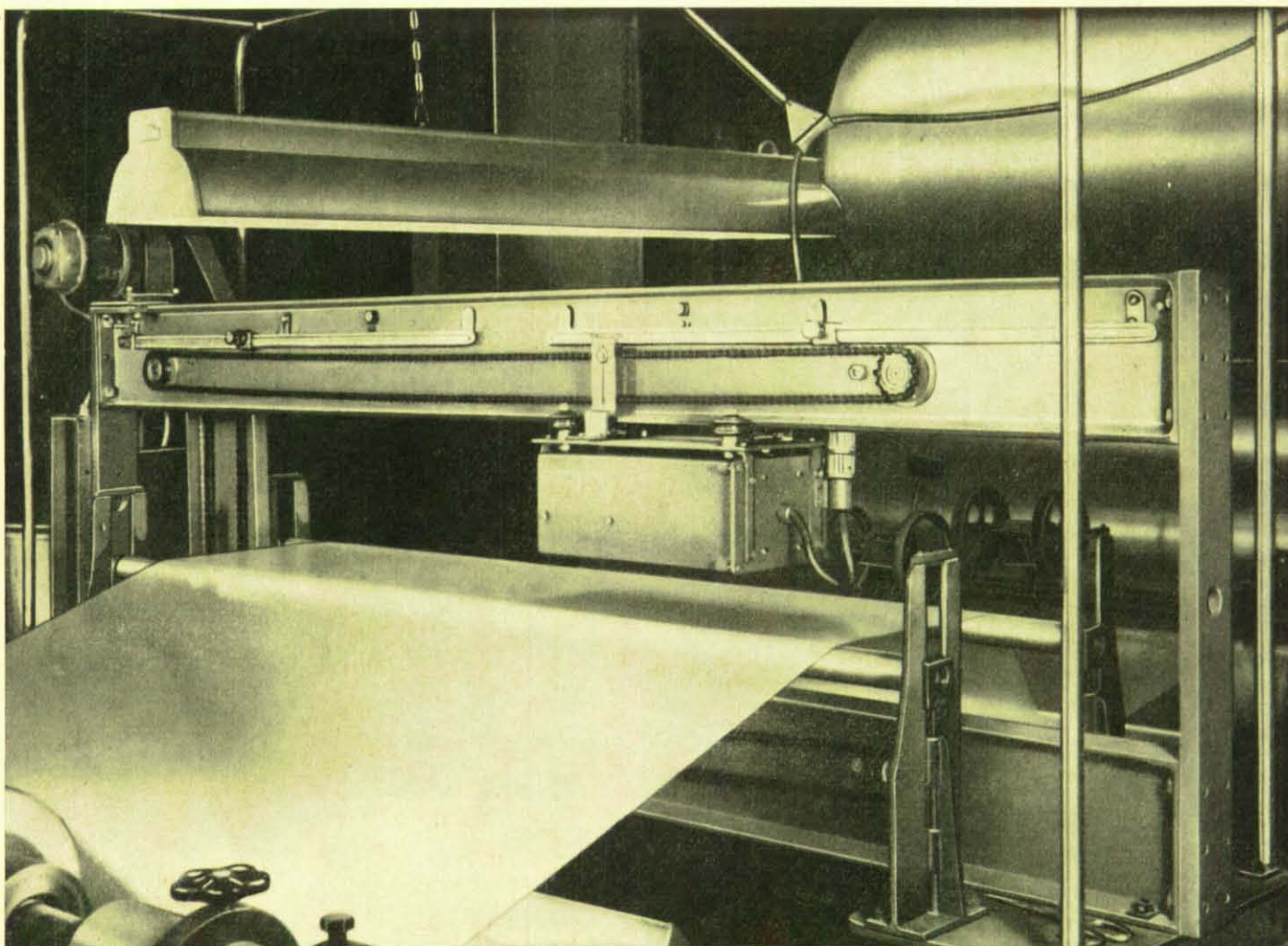
herrschung der Gefahrenmomente im Betrieb nuklearer Anlagen — vom Isotopengenerator bis zum Leistungsreaktor — unter den verschiedensten Aspekten bereits demonstriert wurden.

Gewiß, auf manchen Gebieten, wie dem der Anwendung von Reaktoren in der Raumfahrt, wird weitgehend noch experimentiert. In das entsprechende Aufgabengebiet fällt beispielsweise das KIWI-Reaktor-Experiment vom Januar 1965 auf dem Gelände des Jackass Flat in Nevada, bei dem man — unter genau kontrollierten Bedingungen — einen Reaktor mittels seiner Eigenenergie innerhalb Sekunden „pulverisierte“. Er ist der Vorläufer nuklearer Antriebsaggregate für Raumfahrzeuge. Der Versuch sollte zeigen, ob und mit welchem Sicherheitsgrad sich ein Raumschiff im

Weltall solcher Nuklear-Triebwerke entledigen kann, wenn sie nicht mehr benötigt werden oder „ausgebrannt“ sind.

## Frischwassergewinnung

Schon in eineinhalb Jahrzehnten, etwa im Jahre 1980, wird die Anwendung von Kernkraft auch im Alltag weit mehr umfassen als nur die Erzeugung von Strom für die Energiewirtschaft. Das wichtigste und eindrucksvollste Beispiel in dieser Hinsicht werden die zu diesem Zeitpunkt betriebsfähigen nuklearen Destillierwerke darstellen, die Meer- oder Brackwasser für die Trink- und Brauchwasserversorgung großer Gebiete entsalzen und gleichzeitig eine hohe Kapazität in der Erzeugung von elektrischem Strom besitzen.



Eine Dickenmeßanlage als Beispiel der Anwendung ionisierender Strahlung in der Industrie. Strahlungsabsorptionsanlage zur kontinuierlichen berührungslosen Messung der Dicke von Kunststoff-Folien oder Papier.

# Visionen

von Dr. Glenn T. Seaborg

Allerdings wird bei der Verwirklichung dieser Pläne die internationale Zusammenarbeit, wie sie Präsident Johnson im vergangenen Jahr forderte (für Oktober 1965 wurden mehr als 100 Länder zur Teilnahme an einer Fachkonferenz über diese Probleme der Meerwasserentsalzung nach Washington eingeladen), eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Jedenfalls sind die auf der Basis der großtechnischen Meerwasserentsalzung vorgesehenen Projekte zur Schaffung neuer Zentren der Agrarwirtschaft und Industrie in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung nicht hoch genug einzuschätzen. Sie erschließen — vor allem in Entwicklungsländern — neue Gebiete der volkswirtschaftlichen Nutzung und vermögen als Einzelprojekt jeweils Hunderttausenden von Menschen die Existenz zu sichern.

## Wartungsfreie Generatoren

Schon heute ist es kein Wunschtraum mehr, daß nach dem Baukastenprinzip erstellte Reaktoren in völlig abgelegenen Gebieten, wie der Antarktis, wissenschaftliche Stationen mit Atomstrom versorgen. Kompakte, auf Jahre hinaus wartungsfreie Kleinstreaktoren oder Radioisotopen-Generatoren für automatische Wetterwarten im ewigen Eis und auf Spezialbooten auf hoher See, für Leuchttürme sowie für Navigationshilfen an der Wasseroberfläche und am Meeresgrund sind — als Prototypen künftiger Generationen mit der 4—5fachen Leistungskapazität — bereits in Betrieb.

Heute bilden sie noch eine Ausnahme, aber sicherlich nicht mehr im Jahre 1980. Kompakt gebaute, leichte Stromgeneratoren und Schiffsantriebssysteme auf Kernkraftbasis werden in der allgemeinen Meeresforschung, speziell aber der Tiefseeforschung und der geologischen und topographischen Untersuchung des Meeresbodens ebenso gute Dienste leisten wie beim Abbau der reichen unterseeischen Bodenschätze oder zum Betrieb von automatischen Relaisstationen in transozeanischen Kabeln und von Unterwasserwarnsystemen für militärische Zwecke.

Die Merkmale „Rentabilität“ und „Einfachheit“, die nukleare Generatoren aller Größen zu starken Konkurrenten herkömmlicher Generatoren, Batterien und selbst den Brennstoffzellen machen, werden auch für ihre Anwendung in der allgemeinen Funk- und Fernmeldetechnik, speziell aber zur Landebahnbeheizung auf Flugplätzen und für den Betrieb von Sicherheits- und Kontrollsystemen in Flugzeugen und auf Schiffen, bestimmend sein.

Viele der Kompakt-Reaktoren von 1980 haben mit den heute gebauten Typen dann sicherlich nicht mehr viel Ähn-

lichkeit. Bei manchen wird der thermionische Konverter, der Wärme-Energie direkt in elektrischen Strom umwandelt, unmittelbar Bestandteil des Reaktorkerns sein. In der Entwicklung magnetohydrodynamischer Systeme (sog. MHD-Reaktoren), die im wesentlichen frei von beweglichen Teilen sind, mittels eines elektromagnetischen Pumpeneffekts Energie im großen Maßstab erzeugen, dürften bis dahin beachtliche Fortschritte erzielt werden. Verbesserte Turbogeneratoren, die nichtreaktive Gase im geschlossenen Kreislauf als Medien der Wärmeübertragung benutzen, werden bei doppelt so hohen Temperaturen arbeiten wie die der Reaktoren der sechziger Jahre — und das bedeutet: mit einem wesentlich höheren Nutzeffekt.

Ähnlich wirkt sich die Umstellung auf Atomenergie in der Schifffahrt aus. Dank der hohen Marschgeschwindigkeit und Streckenleistung von Frachtschiffen und Tankern mit nuklearem Antriebssystem verbilligen sich die Transportkosten für das Frachtgut ganz erheblich.

## Atomenergie und Raumfahrt

Schon der erste mit einem Radioisotopengenerator ausgerüstete Transit-Satellit, der im Jahre 1961 gestartet wurde, zeigte die große Überlegenheit nuklearer Stromquellen an Bord von Raumfahrzeugen gegenüber „herkömmlichen“, in erster Linie mit Sonnenenergie betriebenen Batterien. Die nuklearen Generatoren arbeiten jahrelang störungsfrei — im grellen Sonnenlicht wie in der Dunkelheit des Weltraums, unter extremen Temperaturänderungen und bei intensiver Einwirkung kosmischer Strahlung.

Es ist zu erwarten, daß 1980 nicht nur die Fernmelde- und Wetterbeobachtungssatelliten mit nuklearen „Batterien“ arbeiten, sondern auch Kernreaktoren verschiedener Leistungsstufen ihren festen Platz im amerikanischen Raumfahrtprogramm haben. Insbesondere bei den Robot-Sonden für die interplanetare Weltraumforschung und die direkte Erforschung der erdnahen Planeten im Sonnensystem sowie bei den bemannten Raumstationen und Forschungsbasen auf dem Mond werden sie als Energiequelle für Triebwerke und andere Aggregate unentbehrlich sein.

## Technische Strahlung

Aber — warum nur in die Ferne schweifen? Gerade in bezug auf unsere rein „irdischen“ Erfordernisse — in der Medizin, Landwirtschaft, Industrie und der naturwissenschaftlichen Forschung auf allen nur erdenklichen Gebieten — ist der Wert der künstlichen Radioisotope ja schon längst erwiesen. Und ange-

sichts unserer neuester Erkenntnisse könnte ich mir sehr wohl vorstellen, daß bis 1980 ganze Produktionszweige, die Kernstrahlung beispielsweise zur Konservierung von Nahrungsmitteln und Sterilisierung medizinischer Artikel, zur Veredelung von Kunststoffen, Halbleitermetallen und anderen Materialien verwenden, neu erstanden sind.

Wie weit die Pläne zur Anwendung nuklearer Sprengsätze beim Abbau von Erzlagerstätten, bei der Ausbeutung von Erdöl- und Erdgasvorkommen, für Aushubarbeiten bei Kanal-, Hafen- und Straßenbauten bereits realisiert sein werden, vermag ich noch nicht zu sagen, jedoch erwarte ich auch hier beachtliche Fortschritte.

Über eines müssen wir uns jedoch im klaren sein: Die Wegbereiter der Welt von 1980 sind die reine und angewandte Forschung und die Kerntechnik — ein Gebiet, auf dem weiterhin intensive Entwicklungsarbeit geleistet werden muß. Dabei ist es ganz natürlich, daß die Privatwirtschaft sich mehr und mehr in Forschung und Entwicklung einschaltet und sich auch finanziell stärker als bisher in dieser Hinsicht engagiert.

# VETTER

5 Köln, Palmstraße 12

liefert für den ES:

- kpl. Ausrüstungen
- Bereitschaftsregale
- Lagerregale
- Stahlschränke
- Schutzhüllen
- Rettungstafeln
- Wasserspeicher
- Schutzraum-Ausst.

# VETTER

# ZIVILSCHUTZ

## EINE STAATSPOLITISCHE AUFGABE

*Im Rahmen einer Arbeitstagung der BLSV-Landesstelle Niedersachsen wurden in Bad Harzburg die Probleme des Zivilschutzes und der Zivilverteidigung behandelt.*

*Vor mehr als 100 anwesenden Bezirks-, Orts- und Kreisstellenleitern sowie Gästen aus den Zivilschutzorganisationen in der Schweiz und Holland sprachen ein Mitglied des Deutschen Bundestages und namhafte Referenten über die Probleme des Zivilschutzes und die Aufgaben des BLSV.*

In dem festlich geschmückten Saal begrüßte Landesstellenleiter Jörn neben zahlreichen Vertretern der kommunalen Verwaltungen Vertreter der Zivilschutzorganisationen der Schweiz und der Niederlande, den Abgeordneten des Deutschen Bundestages Walter Schmidt (SPD), das BLSV-Vorstandsmitglied Ministerialrat Werner Kunze (Niedersächsisches Ministerium des Innern), Oberst Bieling, Kommandeur des Verteidigungsbezirkskommandos 23, den Präsidenten Dr. H. E. Jahn (Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise), Regierungsrat Gottwald vom Wehrbereichskommando II, Landesstellenleiter Hecht (Bremen) und weitere zahlreiche Gäste, nicht zuletzt die Vertreter von Nachrichtenagenturen, Zeitungen und des Norddeutschen Rundfunks.

Als erster Referent sprach Walter Schmidt MdB, Braunschweig. Er führte u. a. aus: „... Ich habe gerne zugesagt, das Referat zu übernehmen, weil ich — wie auch meine Freunde — die Arbeit des BLSV sehr zu schätzen weiß, und ich halte die Formulierung des Themas, über das wir uns heute unterhalten, und zwar die Probleme des Zivilschutzes in politischer Sicht, für absolut treffend. Denn in der Tat beinhaltet in der Bundesrepublik der Zivilschutz noch sehr viele Probleme.“ Mit präzisen Ausführungen wandte sich der Abgeordnete zunächst dem Schutzbauproblem zu und betonte, daß nach Meinung seiner Fraktion das notwendige Maß an Schutz für die Bevölkerung erreicht werden kann.

Abgeordneter Schmidt schloß mit den Worten: „Die Ungewißheit, so meinen wir, ist das einzige Argument für die Notwendigkeit des Bevölkerungsschutzes. Wir können nicht wissen, ob nicht eine solche Kriegshandlung stattfinden wird, bei der richtige Vorbereitung Millionen Menschen das Leben retten und anderen schreckliche Leiden lindern oder ersparen kann. Ich glaube, an diesen treffenden Beispielen können wir

ganz klar erkennen, wie notwendig, meine Damen und Herren, Ihre Organisation ist, und deshalb ist es auch ebenso notwendig, daß wir dieser, Ihrer Organisation, vom Bund her jede Unterstützung geben.“

Als nächster Redner wurde Redakteur Alboth vom Schweizerischen Bund für Zivilschutz von den anwesenden Dienststellenleitern mit lebhaftem Beifall begrüßt. Seine Ausführungen leitete er mit den Worten ein: „Ich betrachte es immer als Auszeichnung, in Ihrem Kreis sprechen zu dürfen, weil wir in der Schweiz wissen, daß Sie für uns oder für unseren Zivilschutz auch die Gebenden sind. Denn Sie haben ja die Schrecken des letzten Krieges in Ihrem Land erfahren müssen, und wir wurden mehr oder weniger davon verschont und sind im Aufbauprogramm unserer Organisation darauf angewiesen, mit den vom Krieg heimgesuchten Ländern zusammenzuarbeiten. Das bestärkt auch unsere Aussage, daß wir den Zivilschutz nicht nur als eine nationale Aufgabe betrachten, sondern den Begriff etwas weiter fassen möchten. Ich möchte sagen, als eine Aufgabe, der heute alle Länder der freien Welt verpflichtet sein sollen. Und in diesem Sinne darf ich Ihnen allen auch den Gruß des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz überbringen...“

In eindringlichen Worten schilderte Alboth, daß ein berechtigtes Schutzinteresse des Menschen seit den Höhlenbewohnern und Pfahlbauern bestanden habe. In seiner Beweisführung, daß militärische und zivile Landesverteidigung eine Einheit seien, führte er aus, daß ein hoher Schweizer Offizier gesagt habe: „... daß die Armee selbst das größte Interesse an einem funktionierenden Zivilschutz habe, denn lediglich zur Verteidigung von Friedhöfen will der Soldat keine Opfer bringen.“

Die Schweizer Zivilschutzorganisation sei auch für die Durchführung von Schutzmaßnahmen bei Naturkatastrophen aller Art verantwortlich. Zahlreiche Beispiele — wie zuletzt der Wasseralarm in Graubünden — hätten die Einsatzfähigkeit seiner Organisation bewiesen. Die Armee habe neben Truppen der aktiven Verteidigung 28 Bataillone zusätzlich als Luftschutz-Truppen für den überörtlichen Einsatz. Der Einbau von Schutzräumen in allen Häusern und Fabriken sei in der Schweiz obligatorisch. Agerundet wurde der Vortrag mit der Vorführung von 2 nüchternen realistisch ausgestatteten Filmen, die ein anschauliches Bild von der Aktivität der Schweizer Bürger gaben.

### Schutzzuwachs schaffen

„Territoriale Verteidigung“ hieß das Thema, über das Oberst Bieling, Hildesheim, Kommandeur des Verteidigungs-Bezirkskommandos 23, sprach. Unter Hinzuziehung von Schaubildern berichtete er über die Aufgaben der NATO-Streitkräfte und der unter der nationalen Souveränität stehenden Territorialverteidigung. Besonders deutlich wurden in diesem Vortrag die Nahtstellen zwischen der Territorialen Verteidigung und dem Zivilschutz. Da die Gliederung der Territorialen Verteidigung sich räumlich an die Grenzen der kommunalen Gebietsaufteilung hält, ist eine flächenmäßige lückenlose Zusammenarbeit auf allen Ebenen möglich.

Mit großer Spannung wurde von allen Teilnehmern der Vortrag über die „Probleme der Zivilverteidigung“ des BLSV-Vorstandsmitgliedes Ministerialrat Werner Kunze erwartet. An die Ausführungen des Vorredners anknüpfend, schilderte Ministerialrat Kunze zunächst die planerischen Aufgaben der Zivilverteidigung, die sich zusammenfassen lassen in den Begriffen Aufrechterhaltung der Staatsgewalt, der öffentlichen Sicherheit und der Ordnung, der Rechtspflege, des Post- und Fernmeldewesens, der Sicherstellung des Verkehrs und in erster Linie natürlich des Schutzes der Zivilbevölkerung.

Da es ein konkretes Kriegsbild nie geben wird, könne die Planung nur vom härtesten Kriegsbild, dem Einsatz von Kernwaffen, ausgehen. In jedem Fall sei mit militärischen Bewegungen von West nach Ost zu rechnen, während die Flüchtlingsbewegung in umgekehrter Richtung verlaufen würde. Da jede Straßenkapazität dringend für militärische Zwecke gebraucht würde und außerdem die Bevölkerung im Freien schutzlos dem radioaktiven Niederschlag ausgesetzt sei, könne die Sicherung der Bevölkerung nur in den Wohnungen erfolgen. Ohne Beschönigung stellte Ministerialrat Kunze klar heraus, daß der Schutzzuwachs der Bevölkerung nur durch die Anlage von Schutzräumen erreicht werden könne. Da die Bevölkerung zu allen Tageszeiten stark fluktuierere, käme man auch nicht mit der Anzahl von Schutzplätzen in der Höhe der Einwohnerzahl aus, sondern müsse zusätzlich an den Arbeitsplätzen, an Verkehrsknotenpunkten, in Krankenhäusern, Schulen usw. Schutzräume errichten. Diese Forderung müsse um so mehr betont werden, als man mit Warnzeiten von nur wenigen Sekunden zu rechnen habe. Es sei unendlich zu bedauern, daß das Gesetz zur Schaffung

# Abwurf ohne Fallschirm

## Im Notfall Wasser aus der Luft — Neue Wasserbehälter zerschellen nicht beim Aufprall

von Schutzräumen seit 10 Jahren auf sich warten lasse, da seit diesem Zeitraum Millionen Wohnungen entstanden seien. Weiter setzte sich der Redner dann mit dem Wohlstandsdenken der Bundesbürger auseinander. Gerade dieser Wohlstand brächte grundsätzlich Erschwernisse bei der Planung aller Zivilschutzmaßnahmen mit sich, da schon allein der Ausfall von Elektrizität fast das gesamte Wirtschaftsleben, bis hinein in jede Wohnung, zum Erliegen brächte. Auch die Evakuierung der Zivilbevölkerung sei ein Problem besonderer Art, da die Kapazität der Landkreise voll ausgelastet sei.

Ministerialrat Kunze schloß mit den Worten: „Wenn Sie Ihr Selbstschutzgesetz bekommen, meine Damen und Herren, mit dem Sie arbeiten wollen — und ich weiß, daß Sie darauf geradezu brennen, sich in die Arbeit zu stürzen —, dann kann Ihre Arbeit nur sinnvoll sein, wenn dem Selbstschutzgesetz unmittelbar das Schutzraumbaugesetz folgt. Wenn Sie den Selbstschutz draußen in der Öffentlichkeit in Angriff nehmen wollen, ohne daß das Schutzraumbaugesetz folgt, meine Damen und Herren, dann wird dieses Selbstschutzgesetz ein böser Bumerang hinsichtlich der psychologischen Situation...“

„Wir haben es nicht nötig, uns etwas vorzumachen. Deshalb meine ich, wir sollten aus der Sicht des BLSV — und ich habe ja die Ehre, auch Ihr Vorstandsmitglied zu sein — nüchtern feststellen, daß wir erst zufrieden sein können, wenn wir das Selbstschutzgesetz und das Schutzraumbaugesetz haben. Erst dann können Sie ehrlich der Bevölkerung gegenüber treten. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, hoffen wir, daß es bald kommt, und dann ran an die Arbeit zum Wohl unserer Zivilbevölkerung.“

### Das Abwehrpotential stärken

Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise, Dr. H. E. Jahn, ging als Vertreter der CDU in seinem Referat ebenfalls zunächst auf die geplante Notstandsgesetzgebung ein. Sehr deutlich stellte er heraus, daß ein Notstandsgesetz nur dann einen Sinn habe, wenn es praktikabel sei. Der Bundesbürger lebe in der Illusion, daß alles so weitergehen müsse. Die Kennzeichen des Menschen, die Dr. Jahn psychologisch klar herausstellte, seien die einer Welt „als ob“, in der die Freiheit bis zum Nihilismus praktiziert werde. Dagegen seien im kommunistischen Block alle Menschen psychologisch mit dem Zivilschutz vertraut gemacht. Allein in

der UdSSR gäbe es 30 Millionen ausgebildete Luftschutzhelfer. Anhand zahlreicher Beispiele bewies er, daß die Luftschutzmaßnahmen des 2. Weltkrieges Millionen Menschen das Leben gerettet haben und diese Maßnahmen auch heute noch, abgestellt auf die modernen Waffenwirkungen, Sinn hätten. Nur wenn das Abwehrpotential der Bundesrepublik so stark wie möglich gemacht werde, sei eine Abschreckung glaubwürdig. Bei dieser Forderung genüge das Prinzip der Freiwilligkeit allein nicht. Daher müßten die gesetzlichen Grundlagen bald geschaffen werden.

In weiteren Ausführungen wandte sich der Vortragende gegen jede Geheimniskrämerei und die Verniedlichung der Waffenwirkungen. Am Beispiel der Amerikaner, die mit sehr realistischen Zahlen in ihren Übungen operieren, bewies er, daß die Einsicht der Bevölkerung durch Aufzeichnung von wirklichkeitsnahen Unterlagen nur gestärkt werde.

Der erste Abend dieser Arbeitstagung endete mit einer Lehrvorführung eines Selbstschutzzuges auf dem Gelände der Mathildenhütte.

Zu Beginn des zweiten Tages sprach Referent Willi Hoffschild von der Bundeshauptstelle des BLSV über die „Ausbildungsarbeit des BLSV“. Er entwickelte den Dienststellenleitern anhand eines 10-Jahres-Planes die wachsenden Ausbildungsaufgaben des BLSV nach Verkündung des Selbstschutzgesetzes.

Anschließend referierte Regierungsrat Gottwald vom Wehrbereichskommando II über „die Freistellung vom Wehrdienst für Helfer des BLSV und des Selbstschutzes“. Seine von der guten Zusammenarbeit zwischen Wehrbereichskommando und BLSV-Landesstelle getragenen Ausführungen zeigten den Dienststellenleitern noch einmal Möglichkeiten und Grenzen der Freistellung auf und klärten in einer Diskussion bestehende Zweifel.

Nach einem Grundsatzreferat des Landesstellenleiters Jörn über die Aufgaben der Orts- und Kreisstellenleiter des BLSV in Niedersachsen führten die Tagungsteilnehmer mit Sonderbussen an die Demarkationslinie des sowjetisch-besetzten Teils von Deutschland. Insbesondere für die ausländischen Delegationen war dieser unmittelbare Eindruck der Teilung Deutschlands von eindringlicher Realität, da nur wenige Meter jenseits des Stacheldrahtes ostdeutsche Volkspolizisten am weiteren Ausbau des Sperrgürtels arbeiteten. Die Tagung klang mit einem Kameradschaftsabend aus.

**D**ie Versorgung abgeschnittener Menschengruppen in Katastrophengebieten ist vielfach nur mit Flugzeugen oder Hubschraubern möglich. Bei fehlenden Landemöglichkeiten, z. B. in Überflutungsgebieten oder zerklüftetem Terrain, blieb bisher manchmal keine andere Wahl, als Lastenfallschirme einzusetzen. Durch unberechenbare Luftströmungen und Winde erreichten die Fallschirme oft ihr Ziel nicht und gingen verloren.

Dieses Problem beschäftigt Ingenieure und Techniker schon seit längerer Zeit. Nach mehrjährigen Versuchen ist es nun einer westdeutschen Firma gelungen, Flüssigkeitsbehälter zu entwickeln, die man ohne Fallschirm aus beliebiger Höhe im Zielwurf abwerfen kann! Die Behälter werden beim Aufprall nicht zerstört und der Nutzinhalt (Trinkwasser, flüssige Speisen oder Treibstoff) bleibt unversehrt erhalten. Der in Serien gefertigte Standard-Abwurfbehälter hat ein Fassungsvermögen von 25 l; auf Wunsch können Farbelemente mitgeliefert werden, die auf dem Erdboden markieren, wo der Aufprall erfolgte. Dadurch läßt sich der Behälter schneller auffinden.

Der Abwurf erfolgt einzeln oder mit mehreren Behältern zusammen auf Paletten. Die stabile, absolut sichere Konstruktion beruht auf dem Doppelbehälterprinzip. Dieses System ist auch dann noch funktionsfähig, wenn eine Behälterhaut beim Aufprall beschädigt wird. Als Werkstoff dient ein hochfestes, flexibles Behältermaterial, dessen Zusammensetzung noch Werksgeheimnis ist. Zur Erleichterung des Transportes sind am Außenbehälter Haltegriffe eingearbeitet. Das Gewicht des Abwurfbehälters beträgt 4 kg; seine äußeren Abmessungen 63 x 90 cm.



# Wenn das Rathaus nicht mitzieht

## Ein Ortsstellenleiter klagt über mangelnde Unterstützung

Der nachstehend auszugsweise veröffentlichte Brief eines ehrenamtlichen Ortsstellenleiters gibt die schwierige Lage solcher Dienststellenleiter des BLSV wieder, denen weder von dem zuständigen Gemeindebeamten, dem örtlichen Luftschutzleiter, noch von der Gemeindevertretung Unterstützung zukommt. Solange ein Selbstschutzgesetz nicht verabschiedet wurde, liegt es im Ermessen dieser Stellen, den Selbstschutz in ihrer Gemeinde durch Unterstützung der BLSV-Dienststelle vorausschauend zu fördern (Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Leitung des zivilen Luftschutzes im Luftschutzort, I, 6, vom 12. 1. 1961). Wo dies im Ausnahmefall noch nicht geschieht, muß der Ortsstellenleiter eine gesetzliche Aufgabe — Aufklärung der Bevölkerung sowie Organisation und Ausbildung freiwilliger Helfer für den Selbstschutz (Erstes Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung, § 31, 6, vom 9. 10. 1957) — ohne Unterstützung aus dem Rathaus zu erfüllen versuchen. (Die Redaktion)

Seit vier Jahren bin ich ehrenamtlicher Leiter einer BLSV-Ortsstelle mit 37 370 Einwohnern. Ich betone, daß ich nichts gegen irgendeine Person habe und mir auch kein Urteil anmaße, aber weder der Stadtdirektor noch der Rat der Stadt haben bis heute ein wesentliches Interesse an unserer gemeinsamen Aufgabe bezeugt. Ohne den Rat kann der örtliche LS-Leiter nichts tun, dieser aber erklärt: „Wir sehen keine Notwendigkeit dazu und haben auch keine klaren Anweisungen.“ Die Freiwilligkeit wird von vielen Bürgern für Unsinn gehalten. Daß in unserer Demokratie auch der einzelne Bürger Verteidigungspflichten hat, wird nicht eingesehen; jeder sieht nur seinen Geldbeutel. Meine ehrenamtliche Tätigkeit wird verlacht.

Das Ansprechen der Bürgerschaft war von 1960 bis 1963 ohne jeden Erfolg. Warum?

1. Jeder erklärte, daß bei Explosion einer Atombombe doch alles hin sei, usw.
2. Ablehnende Haltung des Rates und der Öffentlichkeit.
3. Keine erkennbare Hilfe durch den örtlichen LS-Leiter.
4. Keine Unterstützung durch die politischen Parteien im Ort.
5. Das Fehlen von gesetzlichen Anweisungen zur Teilnahme an der Ausbildung als Pflicht.

Nachstehend eine Übersicht der bisher durchgeführten Grundausbildungen, wobei die erste Zahl die Nummer des Ausbildungsvorhabens, die zweite die Zahl der ergangenen Einladungen, die dritte die Zahl der zur ersten Stunde Erschienenen, die vierte diejenigen nennt, die an allen zehn Stunden teilnahmen.

I/63	250	22	7
II/63	300	23	6
III/63	300	25	19
IV/63	300	24	15
V/63	350	20	8
VI/63	350	32	21
VII/63	350	40	23
I/64	300	20	8
II/64	300	18	5
Nachholer	87	41	3
2887 (100%) 265 (9,2%) 115 (4%)			

Das Ansprechen der sog. „Weißen Jahrgänge“ brachte folgende Ergebnisse:

IV/64	200	25	8
V/64	180	30	10
bisher zusammen:			
3267 (100%) 320 (8,4%) 133 (3,5%)			

Die erst jetzt beginnende praktische Ausbildung im ABC-Schutz, in den Staffeln des Selbstschutzzuges usw. sieht nicht besser aus.

An der Landesschule waren bisher 31 Helfer. Vorträge, Ausbildung, Unterkunft usw. sind dort ausgezeichnet. Leider ist die Teilnehmerzahl begrenzt, ich hätte sonst schon über die doppelte Zahl zu den Lehrgängen der Landesschule abstellen können.

Der Grund für dieses unbefriedigende Ergebnis liegt in erster Linie darin, daß noch kein Gesetz verabschiedet wurde, das die Teilnahme an der Ausbildung

im Selbstschutz zur Pflicht macht. Ebenfalls müßte dann die Stadtverwaltung Büroräume, Ausbildungsräume, Unterstellgelegenheiten für die Ausrüstung der Se-Züge, Übungsgelände usw. zur Verfügung stellen. Bis heute habe ich nur die Aula in einer Schule mit 30 Stühlen für Kinder. Die erwachsenen Männer wissen nicht, wie sie sitzen sollen! Bisher wurden von der Ortsstelle an Vorträgen, Veranstaltungen, praktischen Übungen, Erste-Hilfe-Lehrgängen, fachlichen Unterweisungen usw. durchgeführt: 1963: 101; 1964: 147 (1960 bis 1962 können nicht gerechnet werden). Im Gesamtüberblick und im Hinblick auf die von mir und meinen Kameraden aufgewendeten Mühen gesehen, doch ein sehr mäßiges Ergebnis!

So geht es aber auf keinen Fall weiter! Wenn der Zivilschutz nicht auf Pflichtmaßnahmen aufgebaut wird und die Verwaltungen angewiesen werden, die notwendigen Räume und alle sonstigen Hilfen zu stellen, wird der gedachte Zivilschutz nicht die nötige Ergänzung der militärischen Verteidigung werden. Die Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung sind ein besonderes Kapitel. Sie erscheinen noch nicht einmal, wenn sie vom Stadtdirektor beurlaubt wurden. Es wirkt sich natürlich auf die Bürger aus, wenn dann von 35 nur 9 erscheinen!

Weitere Einzelheiten stehen zur Verfügung. Wir am Ort sind „Front“, und so sieht es bei uns aus! Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihnen diese Zeilen etwas gesagt haben und die Pflicht durch ein Selbstschutzgesetz klargestellt wird.

## Hauptpersonalratswahl im Bundesluftschutzverband

Am 27. April 1965 standen innerhalb des Geschäftsbereichs des Bundesluftschutzverbandes insgesamt 1275 Bedienstete, davon

5 Beamte
1134 Angestellte (BAT)
136 Arbeiter (MTB)

vor der Entscheidung, im Wege der Gruppenwahl elf Vertreter der Gruppe der Angestellten und zwei Vertreter der Gruppe der Arbeiter, somit dreizehn Mitglieder des Hauptpersonalrates, auf die Dauer von drei Jahren neu zu wählen.

Die Angehörigen der Gruppe der Beamten machten von ihrem Recht, im Hauptpersonalrat vertreten zu sein, keinen Gebrauch und schlossen sich für diese Wahl der Gruppe der Angestellten an.

Es war keine leichte Arbeit für den Hauptwahlvorstand bei der Bundeshauptstelle in Köln, gemeinsam mit den Bezirkswahlvorständen bei den Landesstellen, der Bundesschule und bei zahlreichen Orts- und Kreisstellen diese Wahl einzuleiten und erfolgreich zum Abschluß zu bringen.

Um so erfreulicher war das Ergebnis,

daß bei einer Wahlbeteiligung von 92,7% aller Wahlberechtigten für die Gruppe der Angestellten 1028 gültige Stimmen, für die Gruppe der Arbeiter 118 gültige Stimmen bei insgesamt nur 37 ungültigen Stimmen abgegeben wurden.

Im einzelnen führten die nach den Grundsätzen der Verhältniswahl abgegebenen Stimmen zu folgenden Ergebnissen:

Gruppe der Angestellten (BAT)		
Vorschlagsliste	gültige Stimmen	Sitze
1. DAG Nord	320	4
2. DAG Süd	207	2
3. ÖTV	287	3
4. BLSV-Bedienstete Nordrh.-Westfalen	214	2

Gruppe der Arbeiter		
Vorschlagsliste	gültige Stimmen	Sitze
1. ÖTV	40	1
2. Einheitsliste MTB	37	—
3. Freie Liste MTB	41	1

Insoweit ist auch die Feststellung interessant, daß zwölf Mitglieder des neugewählten Hauptpersonalrates der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft bzw. der Gewerkschaft Öffentliche Dienste,





Transport und Verkehr angehören und das restliche Mitglied sich dazu bereit erklärt hat, einer dieser Gewerkschaften beizutreten.

Der neugewählte Hauptpersonalrat setzt sich wie folgt zusammen:

1. Max Gust, Leiter der Ortsstelle in Duisburg, Angestellter;
2. Gerd Schipke, Hauptsachgebietsleiter in der Bundeshauptstelle, Angestellter;
3. Günter Kopsieker, Leiter der Bezirksstelle Arnsberg, Angestellter;
4. Otto Rademacher, Leiter der Ortsstelle in Wiesbaden, Angestellter;
5. Erich Broders, Sachbearbeiter in der Bundeshauptstelle, Angestellter;
6. Hans Rittweiler, Leiter der Bereichsstelle Nordwest in München, Angestellter;
7. Erwin Vent, Sachbearbeiter in der Bundeshauptstelle, Angestellter;
8. Walter Griep, Sachbearbeiter in der Landesstelle Niedersachsen, Angestellter;
9. Eduard Frenz, Leiter der Bezirksstelle in Augsburg, Angestellter;
10. Herbert Krahn, Hauptsachgebietsleiter in der Landesstelle Baden-Württemberg, Angestellter;
11. Willi Heinitz, Hauptsachgebietsleiter in der Landesstelle Schleswig-Holstein, Angestellter;
12. Frau Martha Handelsmann, Köchin in der Landesschule Voldagsen, Arbeiterin;
13. Fritz Haferkemper, Hausmeister in der Landesschule Körtinghausen, Arbeiter.

Am 12. Mai 1965 wurden anlässlich der konstituierenden Sitzung auf der Sparrenburg in Bielefeld der Vorstand des Hauptpersonalrates, das den Vorsitz übernehmende Vorstandsmitglied und dessen Stellvertreter mit folgendem Ergebnis gewählt:

Der Angestellte Broders und der Arbeiter Haferkemper als ordentliche Vorstandsmitglieder und Gruppenvertreter, die Angestellten Kopsieker und Heinitz als zusätzliche Vorstandsmitglieder, der Angestellte Broders einstimmig als Vorsitzender des Hauptpersonalrates, die Angestellten Vent und Rademacher als erster und zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die konstituierende Sitzung des Hauptpersonalrates erlebte ihren offiziellen Höhepunkt in einer gemeinsamen Aussprache mit dem Präsidenten des Bundesluftschutzverbandes, Herrn Oberstadtdirektor Kuhn, dem Ständigen Vertreter des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes des Bundesluftschutzverbandes, Herrn Mackle, und dem Leiter der BLSV-Landesstelle Nordrhein-Westfalen, Herrn Ketteler.

Miteinander und füreinander als Helfer einer großen Hilfsorganisation — das ist das gemeinsame Ziel — für den Hauptpersonalrat und für die Geschäftsführer des Bundesluftschutzverbandes auch für die kommenden drei Jahre, in deren Verlauf eine Vielzahl von Aufgaben und sozialer Probleme zu lösen sein werden.

**E. Vent**

Nach der konstituierenden Sitzung stellt sich der Vorstand des neugewählten Hauptpersonalrats des Bundesluftschutzverbandes auf der Sparrenburg in Bielefeld dem Fotografen.



## Landesstellen berichten

### SCHLESWIG-HOLSTEIN

#### „Großkatastrophe“ in der Hansestadt Lübeck

Am Sonntag, dem 4. April, wölbt sich über der Hansestadt Lübeck ein strahlend blauer Frühlingshimmel. Jung und alt erfreut sich des Sonnenscheins nach der langen Winterzeit.

Plötzlich ein explosionsstarker Knall. Die Menschen in der Nähe zucken zusammen und schauen in der Richtung des Knalls zum Himmel. Es vergeht einige Zeit, man diskutiert noch, was es gewesen sein kann, da — Sirenengeheul. Fahrzeuge des LSHD jagen mit Blaulicht zu dem Gelände der Artilleriekaserne an der Autobahn Lübeck—Travemünde. Man sieht an den Gebäuden schweren schwarzen Rauch aufsteigen, der sich schnell ausdehnt und eine Großkatastrophe anzeigt.

Was war wirklich geschehen? Der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck hatte als örtlicher Luftschutzleiter für alle Zivilschutzkräfte der Stadt eine Katastropheneinsatzübung angeordnet, die geladenen Gästen und der Bevölkerung, die durch die Zeitungshinweise eingeladen war, zeigen sollte, wieweit die Aufstellung und Ausbildung des Selbstschutzes durch den BLSV gediehen ist; zugleich sollte die Übung die Leistungsfähigkeit der LSHD-Kräfte demonstrieren. An diesem schönen Sonnentag und zu früher Stunde waren über 2500 Bürger der Stadt anwesend. Obgleich das Übungsgelände 6 km vom Kern der Stadt entfernt am Stadtrand liegt und mit keinem öffentlichen Verkehrsmittel zu erreichen ist. Unter den Gästen sah man als Vertreter der Landesregierung u. a. Ministerialrat Opalka und Regierungsdirektor Dr. Weiß; von der Stadt Neumünster war Oberbürgermeister Lehmkuhl anwesend. Vertreter der Parteien, der Wirtschaft, des Handwerks und der Gewerkschaften verfolgten die Einsätze interessiert. Presse, Fernsehen und Rundfunk notierten und filmten eifrig.

Übungslage: Eine Katastrophe, wie sie täglich geschehen kann, war der Übung zugrunde gelegt. 9.56 Uhr — ein Flugzeug über Lübeck. Plötzlich verliert es an Höhe, bedenklich niedrig jagt es über die Autobahn und stürzt auf dem Gelände der Artilleriekaserne auf ein Haus. 10 000 l Kraftstoff geraten in Brand. Umliegende Häuser werden durch umherfliegende Flugzeugtrümmer beschädigt. In einem in der Nähe stehenden Wohn- und Geschäftshaus bricht ein Brand aus.

Bürgermeister Wartemann erhält die Meldung: Transportflugzeug mit radioaktiven Isotopen an Bord ist abgestürzt. Menschen sind verletzt und verschüttet; Brände sind ausgebrochen. Der Bürgermeister alarmiert über den Katastrophenabwehrleiter der Hansestadt Lübeck, Senator Peters, Einheiten des LSHD, die sich gerade in der Nähe bei der Ausbildung befinden. Die ABC-Bereitschaft sperrt sofort das Gelände ab. Es wird festgestellt, daß das brennende Gebäude strahlungsfrei ist. Jedoch erfordert die Katastrophe in ihrem Ausmaß den Einsatz vieler Kräfte. Über



Die Laienhelfer-Staffel eines Lübecker Selbstschutzzuges wird von jungen Mädchen zwischen 15 und 17 Jahren gebildet. Sie haben bei der Katastropheneinsatzübung bewiesen, daß sie im Ernstfalle helfend eingzugreifen verstehen.

Funk werden Berufsfeuerwehr, Sanitätsdienst, Bergungsdienst, Veterinärzug, Fernmeldezug, THW, DRK, ASB, DLRG, Jugend-DRK und der Bundesluftschutzverband mit seinen Helfern von der Katastrophe benachrichtigt. Fast 800 freiwillige Helfer folgen der Alarmierung. Es ist die größte Katastropheneinsatzübung, die nach dem Krieg in Schleswig-Holstein stattfand. 60 Helferinnen und Helfer der Ortsstelle Lübeck stehen zum Einsatz bereit, um ihr Können unter Beweis zu stellen.

Die Lage für den BLSV: Ein Geschäftshaus mit Wohnungen und ein zweites Haus sind durch den Flugzeugabsturz stark in Mitleidenschaft gezogen. In dem Geschäftshaus bricht ein Feuer aus. Die Selbstschutzzgemeinschaft des Hauses und die des Nachbarhauses beginnen mit Einstellspritzen die Brandbekämpfung. Mit der Eimerkette wird Löschwasser herangebracht. Der Brand dehnt sich aus, die Hausgemeinschaften sind überfordert. Der Geschäftsbetrieb setzt seine TS 0,5 ein. Das in den Geschäftsräumen gelagerte Material ist jedoch leicht entflammbar, der Brand findet reichlich Nahrung. Der Leiter des Se-Bezirktes hat bereits den Selbstschutzzug angefordert. Die Kraftspritzenstaffel nimmt mit allen verfügbaren Rohren die Brandbekämpfung auf und kann in kurzer Zeit den Brand löschen. Aus dem Nebenhause werden Verschüttete und Verletzte gemeldet. Die Rettungs- und Laienhelferstaffeln werden eingesetzt. Ein Rettungshund hat sehr schnell den Verschütteten gefunden und verbellt. Die Laienhelferstaffel leistet Erste Hilfe. Ein Verletzter kann nicht über die Treppe transportiert werden, er muß aus dem Fenster abgeleitet werden. Alles geht schnell, sicher und lautlos vor sich. Wieder übernimmt die Laienhelferstaffel, bestehend aus jungen Mädchen zwischen 15 und 17 Jahren, die Betreuung. Inzwischen kommt der Arbeiter-Samariterbund und übernimmt die Verletzten zu weiterer Versorgung und zum Abtransport.

Über den Lautsprecher des Filmwagens erklärt Ortsstellenleiter Neis den Ablauf der Übung.

Ein aufgebauter Stand mit Werbeschriften und die Filmvorführungen finden ein interessiertes Publikum. Am Schluß der Übung konnte die Ortsstelle 100 Meldungen für die Selbstschutzgrundausbildung und 20 neue Helfer verzeichnen.

## BAYERN

### BLSV und VdH in Ingolstadt

Ein Gespräch, das einen außerordentlich vielversprechenden Verlauf nahm, wurde in Ingolstadt zwischen dem Bundesluftschutzverband und dem Verband der Heimkehrer im Rahmen einer Informationsstagung geführt. Für den Bundesluftschutzverband sprach der Ständige Vertreter des Landesstellenleiters, Hans Scholz, der selbst dem VdH angehört und in Baden-Württemberg entscheidend zum Aufbau dieses Verbandes beigetragen hat. Der Verband der Heimkehrer wurde durch den Landesgeschäftsführer Franz Schießler (Landesvorstand) vertreten sowie durch die Vorsitzenden der Bezirksverbände und deren Stellvertreter (Landesbeirat).

In überzeugenden Einzelreferaten über die Aufgaben und die praktische Arbeit des Bundesluftschutzverbandes beim Aufbau des Selbstschutzes sowie die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen BLSV und VdH legte Hans Scholz die Grundlage zu einer fruchtbaren Diskussion. Ausbildungs- und Aufklärungsfilm des BLSV veranschaulichten das gesprochene Wort. Die Bezirksverbandsvorsitzenden des VdH erklärten sich bereit, die Arbeit des BLSV zu unterstützen und die Durchführung von Aufklärungsveranstaltungen in den Orts- und Kreisverbänden zu fördern. Ein Teil der Herren entschloß sich sogar, über ihre eigene Verbandsarbeit hinaus im Bundesluftschutzverband aktiv zu werden, so den Appell zur gegenseitigen Hilfsleistung in Not und Gefahr weiterzutragen und selbst praktisch zu realisieren.

## SAARLAND

### Vertreter des Stadtparlamentes erhielten Informationsmappe

Die Ortsstelle Saarbrücken des BLSV hatte Anfang März im Rahmen ihres Werbe- und Aufklärungsprogramms den gewählten Volksvertretern des Stadtparlamentes eine Informationsmappe übersandt und die Stadtverordneten um ihre Mithilfe beim Aufbau des Selbstschutzes gebeten. Eine erste erfreuliche Reaktion kam vom Vorstand der SPD-Fraktion des Stadtrates. Als stärkste Fraktion des Stadtrates, bat diese die Ortsstelle um eine gründliche Information. Diesem Wunsche entsprechend wurde für den 24. April eine Informationsstagung vereinbart.

Ortsstellenleiter Hans Umlauf begrüßte die Stadtverordneten und dankte ihnen für ihre Absicht, sich über den Selbstschutz in der Landeshauptstadt zu informieren. Sein Vortrag fand ungeteilte Aufmerksamkeit bei den Zuhörern. In der anschließenden Aussprache konnten erfreuliche Übereinstimmungen in den Auffassungen festgestellt werden; die Teilnehmer bekundeten ihr großes Interesse am Schutz der Zivilbevölkerung. Fraktionsvorsitzender Nickle sagte zu, die Ortsstelle des BLSV in ihrem Bemühen, den Selbstschutz in Saarbrücken zu organisieren, tatkräftig zu unterstützen. Die Vorführung des Films „Die Antwort“ beschloß den ersten Teil der Tagung.

Auf dem Übungsgelände der Ortsstelle Saarbrücken erhielten die Stadtverordneten einen Überblick über die Ausbildung eines Selbstschutzzuges. Sie waren von der guten Ausbildung und ebenso von der Begeisterung der Helfer für ihre Aufgabe sichtlich beeindruckt.

Die mehrstündige Tagung endete mit einer Abschlußbesprechung, in der sich SPD-Fraktionsvorsitzender Helmut Nickle für die anschaulichen Informationen bedankte. Die Helferinnen und Helfer waren stolz über die anerkennenden Worte, die der Fraktionsvorsitzende für ihre Übungen fand.

Anerkennung für die Arbeit des BLSV und Beweis für den Erfolg dieser Tagung

war die Aufforderung des Fraktionsvorsitzenden an seine Parteifreunde, an einer Selbstschutz-Grundausbildung teilzunehmen und Helfer im BLSV zu werden. Der Fraktionsvorstand der SPD werde, so betonte der Vorsitzende, künftig dem Zivilschutz seine besondere Aufmerksamkeit zuteil werden lassen. Er hoffe jedoch, daß auch die Kollegen der übrigen im Stadtrat vertretenen Parteien sich recht bald mit der Ortsstelle über deren Anliegen für gemeinsame Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung unterhalten möchten.

H. Simon

## BADEN-WÜRTTEMBERG

### Politiker und Selbstschutz

Aus zwei Gründen hatte sich Ende April vergangenen Jahres die Landesstelle an alle in Baden-Württemberg gewählten Bundestagsabgeordneten mit der Bitte gewandt, für eine besondere Rubrik des Helferbriefes zu den Problemen des Zivilschutzes Stellung zu nehmen.

Die Landesstelle beabsichtigte damit ihren ehrenamtlichen Helfern zu zeigen, wie sehr sich unsere Parlamentarier im Bundestag um den Schutz für die Bevölkerung bemühen, darüber hinaus wollte sie ihnen moralische Unterstützung und für die Aufklärungsarbeit, Argumente an die Hand geben.

Außerdem sollte diese Aktion für die Arbeit des Bundesluftschutzverbandes und die Aufgaben des Selbstschutzes werben. Aus der Fülle der Zuschriften und Artikel seien einige wenige zitiert. So heißt es unter anderem:

„Im Bundestag und in der Bundesgesetzgebung wird dem Gebiet der sogenannten passiven Verteidigung seit Jahren große Bedeutung beigegeben.“ Oder:

„Die Entwicklung nuklearer Waffen und deren Verbreitung gebieten, daß der Selbstschutz mit dem entsprechenden Verantwortungsbewußtsein unter Ausschöpfung aller Erkenntnisse aktiviert und ausgebaut wird.“ Weiter:

„Es gilt, den Frauen und Männern, die seit Jahren unbeirrt im Bundesluftschutzverband ihre Aufgabe sehen, zu danken.“ Und:

„Die Tatsache, daß es Männer und Frauen gibt, die auf dem Sektor des Selbstschutzes keine leichte Last auf sich nehmen, kann nicht hoch genug gewürdigt werden.“

Die Landesstelle glaubt mit diesem, von der Bundeshauptstelle gutgeheißenen, erstmaligen Versuch, den Helfern und Dienststellen besonders wertvolle und treffende Diskussionsgrundlagen verschafft, ihnen den Rücken gestärkt und für die Arbeit des BLSV nachhaltig gewonnen zu haben.

## RHEINLAND-PFALZ

### Öffentlichkeitsarbeit in der Stille

Es klingt wie ein Widerspruch in sich selbst und doch ist es als Zielsetzung durchaus zu realisieren.

In den letzten Jahren hat auch in Rheinland-Pfalz die Aufklärungsarbeit des BLSV weithin sichtbare Formen angenommen und ihre Grundlagen gefestigt. Von Mainz ging die erste Aktion für Selbstschutzwochen in der Bundesrepublik aus.

Die Ortsstelle Ludwigshafen entwickelte einen besonderen Typ von Selbstschutztagen und Helferabenden, die dem Milieu und der Eigenart der dicht beieinander wohnenden Industriebevölkerung entsprechen.

Trier und Kaiserslautern, wie die Dienststellen in der Pfalz überhaupt, trugen den Selbstschutzgedanken — vor allem in engerem Zusammenwirken mit der örtlichen bzw. regionalen Presse — nicht zuletzt durch eine intensive Ausstellungspraxis, in breite Bevölkerungskreise.

Nach dem großen Helfertag in Hamburg, der im Wettstreit der Se-Züge Rheinland-Pfalz den ersten Preis einbrachte, ist für die Aufklärung und Werbung die nachfolgende Zeit ein Jahr der äußeren Stille geworden, getreu dem Grundsatz: „Nicht nur gewinnen und werben, sondern auch erhalten und festigen!“ Das Wort „Kontaktpflege“ wurde seitdem groß geschrieben. Sie beginnt auf der unteren Ebene im Orts- und Kreisbereich mit dem Besuch, der Einladung und Orientierung der örtlichen bzw. regionalen Presse. Sie läßt regelmäßig Dienststellenleiter und Mitarbeiter an den Tagungen und Lehrgängen der staatsbürgerlichen Bildungsstellen teilnehmen und aktiv an deren Arbeitsgemeinschaften mitwirken. Sie verstärkt systematisch die Verbindung zu den Landsmannschaften und Flüchtlingsverbänden, zu den Gewerkschaften, der Bundeswehr, dem Jugendring und dem Ring politischer Jugend.

Der BLSV ist mit im Verteiler der Nachrichten und Einladungen zu Vortragsabenden und Feierstunden auf Landesebene; und bei der Teilnahme ergibt sich das persönliche Gespräch, der Austausch der Sorgen — nicht zuletzt die Vereinbarung zu festen Vortragsterminen. Gute Nachbarschaft kann hier auch über das Hauptsachgebiet VII (Mitarbeit der Frau im BLSV und Selbstschutz) in den Organisationen der Frauen gehalten werden.

Mit Kreisen der Jugend verdichten sich die Kontakte auf Grund der Begegnungen auf Wochenendtagungen und Jugendseminaren, bei denen der Hauptsachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit auch im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise sowie der Zentrale für politische Bildung referiert; desgleichen in den Standorten der Truppen in Rheinland-Pfalz, wo neben den Aufgaben der NATO und territorialen Verteidigung der Schutz der Zivilbevölkerung eingehend zur Sprache kommen kann. Stetigkeit gehört zu dieser Kontaktpflege, die beispielsweise in Trier zu zwanglosen und erfolgreichen Ausspracheabenden mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern in einzelnen Stadtgebieten geführt hat und in Ludwigshafen den Zusammenhang mit der Jugend in den Se-Zügen bei ersten Helferabenden in den Teilabschnitten verstärkte. Hier entwickelt sich — fern aller Bürokratie — eine Atmosphäre, die Vertrauen, Verantwortung und Verpflichtung in echten Einklang bringt und unter Beweis stellt, daß die Einsatz- und Führungskräfte eines Bundesverbandes für den Selbstschutz seine Wegbereiter gerade auch auf der unteren Ebene und in vorderster Front bilden. Dr. Fleischer

## HAMBURG

### Fünf Helferinnen wurden Aufklärungssprecher

Die Landesstelle führte vom 20. bis 23. April in der Landesschule Hamburg einen Sonderlehrgang „Vortragsgestaltung I“ durch, an dem fünf Frauen teilnahmen.

Obgleich die Teilnehmerinnen fast alle der Auffassung waren, sie könnten nicht reden, mußten sie am Schluß des Lehrgangs feststellen, daß doch viel durch fachliche Anleitung und Schulung zu erreichen ist. Die im allgemeinen vorhanden Hemmungen bei freiem Auftreten vor einem Zuhörerkreis wurden nach und nach abgebaut, die Teilnehmerinnen spürten nach drei Tagen, daß sie beim Sprechen frei von Lampenfieber waren.

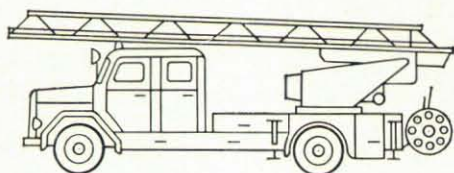
Am 23. April kam dann die Prüfung. Die Teilnehmerinnen erfüllten ihre Aufgaben mit Geschick und schlossen im allgemeinen mit einem guten Ergebnis ab. Die Prüfung als Aufklärungssprecher bestanden: Frau Hanna Bartels, Nord, Frau Christa Piske, Wandsbek, Frau Hildeg. Gropitz, Wandsbek, Frau Erika Wintzer, Nord, Frau Wilma Moldt, Mitte. H. W.

# Vor 30 Sekunden Feueralarm

Nicht jeder Motor springt schnell an. Luftgekühlte Deutz - Dieselmotoren springen beim Anlassen sofort an. Da ist kein Warmlaufen nötig. Da werden wertvolle Sekunden eingespart, die für den erfolgreichen Einsatz entscheidend sein können.

Seit 100 Jahren baut Magirus Feuerwehrgeräte. Diese Erfahrung wissen fortschrittliche Feuerwehren auf der ganzen Welt zu nutzen.

Informieren Sie sich unverbindlich über das umfassende Magirus-Feuerwehrprogramm. Wir schicken Ihnen gerne Prospekte und genaue Unterlagen.



**KLÖCKNER-HUMBOLDT-DEUTZ AG  
WERK ULM  
EUROPAS GRÖSSTE  
FEUERWEHRGERÄTEFABRIK**

